

Aus dem Inhalt

- Chaos in der Wirtschaft - Chaos in der Politik
- Staatsverschuldung ökonomisch richtig einsetzen
Interview mit Professor Dr. Rudolf Hickel/Uni Bremen und einer der Sprecher der Memorandumsgruppe als Alternative zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage („fünf Weisen“)
- Unsere Zeitprobleme sind sozialer und moralischer Art
Dr. Georg Horntreich
- Zeitarbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument
Hellmuth van Norden, stellvertretender Leiter des Arbeitsamts Kaiserslautern
- Die Wissensgesellschaft kommt
Tagungsbericht über das 12. Forum Sozialethik 2002 Axel Bernd Kunze Bamberg
- Katholische Verbände protestieren gemeinsam gegen eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten
- Zukunftsperspektive Familie und Wirtschaft
Vom Wert der Familie für Wirtschaft, Staat und Gesellschaft (ausführliche Buchbesprechung)
Hans Ludwig
- Europa muss Konjunkturmotor sein
Hans-Böckler-Stiftung lud ein
- Arbeit und Kapitalismus - eine Systemkritik
Hans Ludwig
- Reformerfordernisse der Gesellschaft: der kirchliche Beitrag von Bischof Dr. Josef Homeyer (Auszüge)
- KAB und der Vorwurf des Subventionsbetrugs
- Schlechte Karten für Ältere

Chaos in der Wirtschaft - Chaos in der Politik

Die rot-grüne Bundesregierung hat unübersehbar viele Fehler im politischen Konzept, in der politischen Strategie und im politischen Handwerk gemacht. Eigentlich hätte man meinen können, beim zweiten Wahlsieg wissen sie, was sie wollen.

Das Ergebnis ist aktuell Chaos auf vielen Politikfeldern, das natürlich nicht gerade für eine instabile Wirtschaft förderlich ist.

Doch unbestreitbar gibt es auf der großen politischen Weltbühne ein gefährliches Szenario: Krieg gegen jeden, den die USA als gefährlich einstufen - mit und ohne Verbindung zu einem Terrornetzwerk. Kriege sind für viele Wirtschaftszweige nicht schlecht, vor allem binden Sie viel Kapital, verunsichern Inve-

storen, Arbeitnehmer und Käufer.

Die USA versuchen die Menschenrechte und das Rechtssystem je nach Belieben selbst definieren zu wollen, z.B. die Behandlung der Gefangenen, die des Terrors verdächtigt werden auf Kuba; Tötung mutmaßlicher Terroristen gezielt durch einen Raketenanschlag usw.. Gleichzeitig nehmen die Umweltprobleme und die Kluft zwischen den Armen und Reichen weltweit zu. Diese Liste lässt sich endlos fortsetzen. All dies ist nicht gerade förderlich für eine zukunftsgerichtete und vorausschauende Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Zudem werden die multinationalen Unternehmen vom Börsenrhythmus und den vierteljährlichen Quartalsberichten geknebelt.

Kurzum: immer schneller und immer kurzfristiger müssen folgenschwere Entscheidungen von Managern getroffen werden, die z.Teil nur über mehrere Jahre an der Spitze eines Unternehmens stehen und in dieser Zeit den maximalen Profit für die jeweiligen Eigentümer (Aktionäre) herausholen sollen und müssen. In manchen Unternehmen kann man erkennen, ob ein Unternehmen an der Entwicklung von Produkten interessiert oder nur noch am Verkauf und der Rendite orientiert ist.

Klar ist, dass die Politik von der Wirtschaft, ihren Moden und ihren Zyklen beeinflusst ist.

Klar ist auch, dass die Kurzatmigkeit der Wirtschaft und der Berichterstattung vieler (privater) Medien sich auch auf die Politik überträgt.

Vielleicht gibt es eine nachhaltige Politik nur bei klaren absoluten Mehrheiten wie z.B. in Bayern. Nachhaltige Politik benötigt einen langen Atem, sieht die Erfolge vielleicht erst in der nächsten Legislaturperiode.

Das derzeitige Chaos bei der Bundesregierung in Berlin soll damit nicht entschuldigt oder gar gerechtfertigt werden. Doch in nicht so wenigen Betrieben, ist das angeblich so rationale wirtschaftliche Handeln auch nicht so rational: Mal werden Ingenieure entlassen, nach drei Monaten wieder gesucht, Greencard-Leute gesucht, dann wieder heim geschickt.

Vielleicht sollte die Wirtschaft gemeinsam mit der Politik beginnen, längerfristiger und weniger börsenorientiert zu handeln. Vielleicht haben wir dann die Chance auf ein menschlicheres und gesünderes Leben. Das wär's doch ?

Gerhard L.Endres

Interview :

Staatsverschuldung ökonomisch richtig einsetzen

*Professor Dr. Rudolf Hickel, Finanzwissenschaftler an der Universität Bremen, ist Mitbegründer der Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik. Die Memorandum-Gruppe, wie sie oft genannt wird, wurde gegründet, um dem jährlichen Gutachten der sogenannten fünf Weisen - dem Sachverständigenrat zur Begutachtung der wirtschaftlichen Lage - eine aus der Sicht der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften erarbeitete Stellungnahme jedes Jahr zum 1. Mai zu präsentieren. Hickel ist schwäbischer Katholik und war in seiner Jugendzeit Messdiener. Der **ige** fragte Professor Dr. Rudolf Hickel zu seiner Kritik an der derzeitigen deutschen Wirtschaftspolitik, zur Staatsverschuldung und seine Vorschläge für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.*

IGE: HERR PROFESSOR HICKEL, SIE KRITISIEREN DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DEUTSCHLAND. WAS KRITISIEREN SIE?

Hickel: Wir haben es zur Zeit mit einer deutlichen Wachstumskrise zu tun. Wir werden auch in diesem Jahr kaum über Null-Prozent kommen. Das hat zur Folge, dass die Massenarbeitslosigkeit nicht abgebaut wird, weil bei so einem geringen Wirtschaftswachstum keine zusätzlichen Arbeitsplätze entstehen, sondern durch Rationalisierung reduziert werden. Der entscheidende Grund für diese Entwicklung ist, dass die binnenwirtschaftliche Nachfrage viel zu schwach ist. Vergleichen wir die binnenwirtschaftliche Nachfrage im internationalen Rahmen mit Großbritannien,

Frankreich oder Kanada, dann sehen wir, dass genau hier Deutschland Schlusslicht ist. Das ist einer der wichtigen Gründe für die wirtschaftliche Wachstumsschwäche. Bisher hat uns immer der Export geholfen. Dieses Jahr sind die Exportzuwächse nicht so stark, als dass sie das binnenwirtschaftliche Defizit innerhalb Deutschlands überwinden könnten. Für mich ist daher klar, dass alles darauf konzentriert werden muss, die Binnennachfrage zu stärken.

IGE: WAS MÜSSTE DA GETAN WERDEN?

Hickel: Gehen wir mal die verschiedenen Komponenten durch: Die Lohnpolitik hat mir ihren Abschlüssen, die zum ersten Mal seit langem einigermaßen verteilungsneutral sind, einen kleinen, aber zu schwachen Beitrag zur Stärkung der Massenkaukraft geleistet. Mit den Lohnabschlüssen wurde die Inflationsrate ausgeglichen und der Produktivitätszuwachs für die Löhne und Gehälter genutzt.

Die Finanzpolitik hat allerdings schwere Fehler gemacht. Man darf in so einer konjunkturell schwierigen Situation nicht mit der Kürzung von Staatsaufgaben reagieren. Das kostet der Wirtschaft Aufträge und somit Arbeitsplätze.

IGE: WAS WIRD DA GEKÜRZT ?

Hickel: Vor allem werden Sozialausgaben gekürzt, zweitens massiv öffentliche Investitionen und drittens werden die Personalausgaben und damit Stellen gestrichen. Die Finanzpolitik hat dazu beigetragen, dass die Binnenkonjunktur so schwach ist. Das alles zusammen wirkt sich zusätzlich belastend auf die Wirtschaft aus. Zusätzlich kommt die europäische Geldpolitik. Die Europäische Zentralbank hat viel zu wenig die Leitzinsen gesenkt, um von der monetären Seite her die Wirtschaft zu stabilisieren. Man sieht an den Kritikpunkten, dass dies kein Schicksal ist, so eine Krisensituation. Es könnte auch eine andere Politik gemacht werden, mit der wir aus der Krise kämen.

IGE: SIND DA STEUERSENKUNGEN DIE LÖSUNG?

Hickel: Ich persönlich halte von Steuersenkungen überhaupt nichts. Wir haben bei der Kohl-Regierung und bei der rot-grünen Regierung Steuersenkungen gehabt. Alles was wir bisher an Steuersenkungen verteilt haben, ist verschenkt worden, da sie gesamtwirtschaftlich verpufft sind. Stattdessen wurden die daraus folgenden erhöhten Nettogewinne nicht für Investitionen und zur Schaffung von Arbeitsplätzen genutzt. Schauen wir mal die Bilanzen der großen Aktiengesellschaften an: Hier sehen wir den fundamentalen Widerspruch. Die Körperschaftsteuer für die Kapitalgesellschaften wurde gesenkt, und dann kam noch die steuerliche Freistellung der Gewinne aus der Veräußerung von Kapitalbeteiligungen ab

2002. Auf der einen Seite gab es also massive Steuerentlastungen, und auf der anderen Seite kam es zu einer Welle von Massenentlassungen wie wir es noch nie gesehen haben. Allein im Bankensystem drohen 35.000 Arbeitsplätze gestrichen zu werden. Auch bei Karstadt, Telekom und Siemens sind Stellenstreichungen geplant. Überall wo wir hinsehen drohen massenhafte Entlassungen. Wie lang braucht die Politik, dass sie begreift, dass durch Steuersenkungen so etwas nicht zu verhindern ist und keine Arbeitsplätze geschaffen werden. Im Gegenteil man verpulvert das Geld und hat es dann nicht für eine vernünftige Finanzierung von öffentlichen Infrastrukturinvestitionen.

IGE: WAS IST IHR VORSCHLAG?

Hickel: Ein Beispiel: die Hartz-Kommission. Man kann die Arbeitslosigkeit nicht dadurch beseitigen, dass man glaubt, effektiver, schneller und zu billigeren Konditionen Arbeitslose in Arbeit zu bringen. Der Hauptansatzpunkt ist: Wir müssen Arbeitsplätze schaffen. Vor der Bundestagswahl haben das alle Parteien gesagt. Entscheidend ist, wie das gemacht wird. Das geht nicht durch Deregulierung, den Abbau von Tarifrecht und den Abbau von Sozialstandards. Das ist alles Quatsch, im Gegenteil, diese Rechte brauchen wir angesichts der Krise mehr denn je. Erforderlich ist eine Umkehr zur gesamtwirtschaftlichen Strategie. Wir fordern eine expansive Finanzpolitik. Die muss die konjunkturbedingten Defizite hinnehmen, die entstehen, wenn Wachstum zurückgeht und Arbeitslosigkeit viel Geld kostet. Zusätzlich brauchen wir ein öffentliches Konjunkturprogramm mit der Konzentration auf die Gemeinden. Die Bekämpfung der Flutschäden ist so ein öffentliches Investitionsprogramm. Es muss auf die Gemeinden konzentriert werden, die zwei Drittel der öffentlichen Investitionen bedienen. Sie haben massive steuerliche Einbrüche und beklagen auf der anderen Seite einen Megabedarf an Investitionen. Es ist wirklich Quatsch zu behaupten, es gäbe eine Sättigung bei öffentlichen Investitionen. Manch einer aus dem konservativen Lager sagt, die wissen gar nicht mehr, was sie mit dem Geld machen sollen und behaupten dann, dass in den Freibädern vielleicht noch goldene Klinken angebracht werden sollen. Das ist wirklich alles Unfug. Schätzungen vom Deutschen Institut für Urbanistik sagen uns, dass es einen riesigen Bedarf an ökologischen Infrastrukturinvestitionen gibt, der auch zeigt, wie man Ökonomie und Ökologie versöhnen kann. Wir haben bei den Abwassersystemen hohe Sickerverluste, das sind ökologische Zeitbomben. Hier müssen öffentliche Mittel investiert werden, die dann Arbeitsplätze sichern oder schaffen in den Kommunen.

IGE.: BLICKEN WIR ÜBER DIE GRENZEN DEUTSCHLANDS: IN DER EURO-ZONE GILT DIE VERSCHULDUNGSGRENZE VON

DREI PROZENT UND AUCH DIE WELTWIRTSCHAFT SCHWÄCHELT. WIE PASST DAS MIT IHREM KONZEPT ZUSAMMEN?

Hickel: Sicherlich, die wirtschaftlichen Bedingungen sind schlecht. Die deutsche Wirtschaft ist sehr stark exportabhängig und daher bekommen wir Einbrüche der Importländer stark zu spüren. Hier sind wir sicher unverschuldet in eine Problemlage gekommen.

IGE: WIE SOLLTE DIE POLITIK DARAUF REAGIEREN?

Hickel: Deutschland hat mit einer Einsparpolitik geantwortet, das war und ist ein Fehler. Das Maastricht-Kriterium im Rahmen der Einführung des EURO lautet, dass nur drei Prozent der Neuverschuldung des Staates gemessen am Bruttosozialprodukt erlaubt sind. Ökonomisch ist dieses Kriterium völlig sinnlos, das wissen viele Ökonomen, die sagen es nur nicht laut. Schließlich wurde jahrzehntelang eine "Normalverschuldung" anerkannt.

IGE: WIE KOMMEN SIE ZU DIESER BEHAUPTUNG ?

Hickel: Das Drei-Prozent-Kriterium haben damals Kohl und Waigel durchgesetzt, um der deutschen Öffentlichkeit zu vermitteln, der EURO würde dadurch so hart und stabil wie die Deutsche Mark. Die These lautet: Stabile Währung gibt es immer nur dann, wenn man die Schulden reduziert. Ich möchte mal sagen, in Krisensituationen ist diese Regel kontraproduktiv. In der entscheidenden Verordnung vom Juli 1997, über diese Verschuldungsgrenzen steht drin, dass wenn ein Mitgliedsland unverschuldet in eine tiefe Wirtschaftskrise gerät oder eine Naturkatastrophe erlebt oder außerordentliche Belastungen hat, für dieses Land dieses Verschuldungskriterium nicht gilt. Ich sage, wir sollten uns von diesem drei-Prozent-Maßstab freimachen und wir sollten uns auf die Frage konzentrieren: Wo sind die Möglichkeiten und Grenzen der Verschuldung? Mit diesen Maastricht-Regeln haben wir uns ein riesiges Brett vor den Kopf nageln lassen. Nach dem Motto: Wer es nicht erfüllt, bekommt einen "blauen Brief", der hat schlechte Noten, wer es erfüllt, bekommt keinen und wird in die nächste Klasse versetzt. Das ist alles Unfug, da das Maastricht-Kriterium nicht mehr rational mit der Frage umgeht, für was eine öffentliche Verschuldung in einer ökonomischen Entwicklung sinnvoll sein kann. Ist es nicht vernünftig, künftige Generationen per Kapitaldienst an den heutigen schuldenfinanzierten Infrastrukturmaßnahmen zu beteiligen ?

IGE: SIE PLÄDIEREN FÜR DIE ABSCHAFFUNG DES DREI-PROZENT-KRITERIUMS?

Hickel: Ich war immer gegen dieses Kriterium, da ich die Grundthese für falsch halte, dass nur über die öffentliche Verschuldung Inflation entstehen kann.

Heute bin ich für die Abschaffung des drei-Prozent-Maßstabs. Es wäre in Deutschland derzeit vernünftig, die öffentliche Verschuldung aufgrund der Wachstumsschwäche nach oben zu fahren, um damit wirtschaftliche Impulse auszulösen, die sich dann später wieder gegen höhere Steuereinnahmen refinanzieren. So was dürfte man allerdings derzeit nicht in Irland machen, da es dort derzeit eine hohe Inflationsrate gibt. Man kann also bei jedem Land genau sehen, wie sind die jeweiligen Bedingungen für eine gezielte öffentliche Verschuldung. Ich bin gegen eine blinde Staatsverschuldung. Sie muss immer ökonomisch sinnvoll eingesetzt werden. Wird sie nur dafür eingesetzt, dass da staatliche Gelder verbubelt werden, bin ich auch strikt dagegen. Wir wissen, dass die Staatsverschuldung die einzige Möglichkeit ist, die Lasten auf alle Generationen zu verteilen. Ich frage mich, warum soll man so große historische Aufgaben wie die Deutsche Einheit oder die Reparatur aus der Augustflut-Katastrophe nur von einer Generation zahlen lassen.

Weitere Informationen:

<http://www.zait.uni-bremen.de/rudolf-hickel/publikationen.html>

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik

<http://www.memo.uni-bremen.de/>

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik -

Postfach 33 04 47 - 28334 Bremen,

Tel.: 0421-4914480 - Fax: 0421-4914488

e-mail: memorandum@t-online.de

: Dokumentation I

Unsere Zeitprobleme sind sozialer und moralischer Art

Der gemeinsamen Erklärung der Arbeitnehmerorganisationen der beiden Kirchen und der Kampagne "Arbeitszeit ist Lebenszeit" im letzten Jge (3/2002) ist sowohl hinsichtlich der Beschreibung der Erfahrungen als auch der Forderungen nicht zu widersprechen. Doch angesichts des jahrzehntelangen Kampfes gegen die alleinige Vorherrschaft der arbeitsbezogenen Zeiten ist zu fragen, wieso man sich in diesem Kampf noch ganz am Anfang wähnt? Oder täuscht diese Wahrnehmung, denn immerhin wurde schon einiges erreicht (die wenn auch vielfach konterkarierte 35-Stunden-Woche, der freie Samstag, Urlaubsansprüche ...)? Beides ist wohl richtig. Zum einen lässt sich die gesamte Geschichte der Auseinandersetzungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern als eine Geschichte des Kampfes um die Zeit beschreiben. Zum anderen sind Phasen des sozialen und ökonomischen Strukturwandels immer auch Phasen der Neuaushandlung der Zeiten, so dass man sich niemals auf einmal errungene Kompromisse verlassen bzw. ausruhen kann, sondern diese durch neue Entwicklungen immer in Frage gestellt werden.

Sowohl in Hinsicht auf den auszuhandelnden Kompromiss als auch in der Wahrnehmung des Neuen in der Situation (welche im Übrigen einen spezifischen Zeitsinn erfordert) ist es schon aus methodischen Gründen ratsam, den jeweiligen Akteuren vorerst nicht unlautere Absichten zu unterstellen. Eine solche Enthaltung von einem vorschnellem moralischen Urteil darf nicht die Augen vor den Machtspielen einzelner Akteure verschließen oder gar vernachlässigen, dass das jeweilige Handeln nach wie vor von Eigeninteressen (und zwar aller Beteiligten) dominiert ist. Das Aushandeln der Zeiten und der Kampf um die Zeit ist nie zu Ende. Es ist vielmehr geradezu die "Natur" der sozialen Zeit, ein anonymes Medium zur Übertragung ganz konkreter Verhältnisse zu sein. In ihr spiegeln sich die sozialen Verhältnisse, Beziehungen und Strukturen wider. Wenn wir also wissen wollen, wie es um unsere Gesellschaft bestellt ist, wo Benachteiligungen herrschen, inwiefern wir tatsächlich im Wohlstand leben und wie einzelne Personen oder Gruppen in der Lage sind, ihre Bedürfnisse zur Geltung zu bringen, dann müssen wir auf die Quantität, die Struktur und die Qualität der jeweiligen Zeiten achten. Dabei reicht es nicht aus, sich allein das jeweilige Zeitbudget anzuschauen, vielmehr muss die subjektive Erlebnisqualität der jeweiligen Zeit miteinbezogen werden, wobei selbst der Begriff Stress keineswegs eindeutig definierbar oder nur rein negativ anzusehen ist.

Das Zeitproblem ist in Krise und Hochkonjunktur gleichermaßen präsent.

Das Zeitproblem erweist sich geradezu als Konstante in den Wechselfällen des individuellen und sozialen Lebens. Vor allem aber überdauert es die verschiedensten Moden der Ratgeberliteratur und der Managementseminare. Schon allein diese Konstanz des Problems sollte jenen zu denken geben, die von den Experten des Zeitmanagements die Lösung *ihrer* Zeitprobleme erwarten, die sich bei näherem Hinsehen nicht als reine Zeitprobleme herausstellen.

Angesichts der nur schwer aufzuklärenden Erwartungshaltung wundert es kaum, wenn die Botschaften der selbsternannten Zeitmanagementpäpste gläubig aufgenommen werden, wohingegen die unangenehme Botschaft geradezu naturgemäß kein Gehör findet. Sie lautet: Zeitprobleme sind so einfach und vor allem nicht ohne eine Änderung unserer individuellen und kollektiven Werte und Selbstverständnisse zu ändern. Eine endgültige Lösung gemäß der Vorstellungen von Harmonie und Stressfreiheit ist vielleicht niemals erreichbar. Wieso aber führen die vielen gut gemeinten Lösungsvorschläge nicht zu einer Entspannung unserer Zeitverhältnisse? Sind es nur menschliche Schwächen, welche die guten Vorsätze, mit denen bekanntlich der Weg zur Hölle gepflastert ist, scheitern lassen? Zum Teil mag dies so sein und der

Schritt von der Einsicht zum Tun dürfte trotz aller psychologischer Forschung weitestgehend im Dunkeln liegen. Wenn die Umsetzung der Zeitoptimierung so schwierig ist, könnte es auch daran liegen, dass die Menschen schon an die Grenzen ihrer Leistungs-, Wahrnehmungs- und Erlebnisfähigkeit angelangt sind. Diese These trifft gewiss nicht die Probleme des Zeitmanagement generell, doch lohnt, jeweils immer auch geprüft zu werden.

Zeitausnutzung schafft Zeitprobleme

Aus dieser Perspektive verursacht nicht menschliche Schwäche Zeitprobleme, vielmehr sind es die ideologisch übersteigerten, zuweilen mit moralischem Impetus vorgetragenen Imperative der Zeitausnutzung mit ihren dominierenden Rationalitätsmustern, welche uns und unsere Zeit gefangen halten. Darüber hinaus können diese einerseits strukturkonservativ wirken, weil und insofern sie notwendige Strukturänderungen hinauszögern und andererseits erhöhen sie den Stress noch, da sie eine Lösbarkeit des Zeitproblems vorspiegeln und das Scheitern dem Individuum zuschreiben. Dabei spielen die gesellschaftlich dominierenden moralischen Forderungen eine besondere Rolle. Sie können sich mit den individuellen in Konflikt befinden, aber selbst wenn man sich mit den vorherrschenden gesellschaftlichen Wertungen (die moralisch, sozial und ökonomisch sein können) im Einklang befindet, sind damit die Zeitkonflikte keineswegs gelöst. Vielmehr beginnt der Stress erst richtig, wenn man versucht, sie auch umzusetzen und zudem glaubt, dass es zu schaffen sei. Wo die individuellen Wertungen sich von denen der Gesellschaft unterscheiden, kann dies zu einer Verstärkung der Zeitkonflikte führen. Bei einer Besinnung auf eine wohlverstandene, also nicht sozial isolierte Autonomie kann man jedoch auch die Kraft finden, die notwendig ist, um sich gegen unerträgliche Forderungen der Gesellschaft zur Wehr zu setzen. Schließlich ist es ein alter moralphilosophischer Grundsatz, dass über das Vermögen hinaus niemand moralisch gezwungen werden kann (*ultra posse nemo tenetur*). Angesichts zeitlicher Begrenztheit ist er von andauernder Aktualität. Damit wird deutlich, dass unser Zeitproblem im Kern nicht organisatorischer Art ist, sondern erstens auf unsere Wertungen (sozial, ökonomisch, moralisch) sowie zweitens auf unsere Unfähigkeit zum sozialen Ausgleich zurückzuführen ist. Auf die weitere Struktur des Problems kann in diesem kurzen Informationsbeitrag nur hingewiesen werden: Wir haben unser Selbst in einem sozialen Prozess erworben (s.a. G.H. Mead) und behaupten und verändern es in sozialen Kontexten immer wieder neu. Im Wissen darum sind Individualität und Autonomie weder absolut zu setzen, noch eine den sozialen Erfordernissen zu opfernde Verhandlungsmasse, sondern stellen in ihrer Widerständigkeit einen sozialen Reichtum dar. Die Gesellschaft bedarf

gerade auch der kritischen Wahrnehmungen und Wertungen der Einzelnen. So wird man vielleicht mit einem Paradox auf die Frage nach der Lösung des Zeitproblems antworten müssen (was vielleicht eine typisch theologische Antwort ist): Wo eine direkte Lösung präsentiert wird, dort entfernt man sich von einer andauernden Entspannung des Zeitproblems. Wo dagegen von der weitgehenden, vor allem individuellen Unlösbarkeit des Zeitproblems ausgegangen wird, dort tun sich Horizonte eines selbstbestimmten Verhältnisses zur eigenen Zeit auf, welches Eingebundenheiten und Abhängigkeiten erkennt und eigene Gestaltungsmöglichkeiten wahrnimmt. Eine solche Unterscheidung hilft auch, das nicht in der eigenen Macht Liegende anzunehmen. Damit gleicht der praktische Zugang zum Zeitproblem dem theoretischen Zugang zum theoretischen Zeitproblem: der nutzenorientierten oder intentionalen Zuwendung entzieht sich die Erkenntnis und das Lebenswerte der Zeit; der gelassenen und aufgeklärten Hinnahme und Akzeptanz zeitlicher Grundbedingungen und Strukturen eröffnen sich neue Horizonte mit seiner Zeit zu leben. Damit ist keinesfalls einer fatalistischen Hinnahme bedrückender und entfremdender Zeitverhältnisse das Wort geredet, vielmehr führt gerade die Einsicht in die soziale Struktur *unseres* Zeitproblems (keineswegs *aller* Zeitstrukturen), sich diesem auf andere Art und Weise zu nähern, nämlich mit:

- sozialem Geschick;
- einem Sinn für Strukturen und dem Wissen um ihre Hartnäckigkeit aber auch um ihre Veränderbarkeit;
- einem Sinn für die politische und machtdurchzogene Dimension des Zeitproblems;
- einem Sinn für die eigene Rolle in diesem Geflecht, welche sich nicht den Versuchungen der Fatalität der Ohnmacht aber auch nicht dem Größenwahn und der Brutalität der Beherrschbarkeit der eigenen und der fremden Zeit hingibt;
- einem Sinn für die rechte Distanz zur Zeit, um weder in ihr zu ertrinken, noch auf sie fixiert zu sein wie das Kaninchen auf die Schlange, aber auch nicht sich ihrer nicht bewusst zu sein und somit in völliger Naivität der bestimmenden Zeitstrukturen zu leben;
- einem Sinn für ein soziales Aushandeln, für den sozialen Ausgleich und die Gemeinsamkeit von Zeit sowie die sozialen Wechselwirkungen von Zeit – nie wird man eine echte dauerhafte Lösung nur für sich auf Kosten der anderen finden;
- und letztlich mit dem Sinn, dass nicht die Zeit sondern das Leben wichtig ist; bzw. es nicht auf unsere Abstraktionen, sondern auf die gelebte Zeit ankommt.

In den Kontext dieser Einsichten passt die Gründung der "Gesellschaft für Zeitpolitik" im Oktober 2002. Nähere Informationen sind demnächst unter www.zeitpolitik.de zu finden.

Dr. Georg Horntrich

Zeitarbeit als arbeitsmarkt - politisches Instrument

Auf der Tagung „Wenn die Schere auseinander geht ...“ in der Evangelischen Akademie Bad Boll vom 25. - 27.09.2002 hat Helmuth van Norden, stellvertretender Leiter des Arbeitsamtes Kaiserslautern, Thesen zur „Zeitarbeit als arbeitsmarktpolitisches Instrument“ vorgetragen und die diesbezüglichen strategischen Überlegungen am Beispiel von ihm selbst initiierten Modellprojekten erläutert. Auf Bitte von „ige“ hat Helmuth van Norden sich bereitgefunden, die zentralen Aussagen seines Vortrags nochmals in dem nachstehenden Artikel zusammenzufassen. Eingebunden wurden zudem zwischenzeitlich bekanntgewordene Präzisierungen zu den Überlegungen der Hartz-Kommission zur arbeitsmarktpolitischen Nutzung der Zeitarbeit.

Seit Vorliegen des Hartz-Konzeptes sind viele neue Maßnahmen und Förderinstrumente zur Optimierung der Arbeitsmarktpolitik und der Vermittlungsprozesse in der Diskussion. Große Hoffnungen setzt dieses Konzept insbesondere auf die vermittlungsorientierte Arbeitnehmerüberlassung - organisiert in der Form von Personal-Service-Agenturen (PSA).

Grundsätzliche Überlegungen, aber auch viele - schon in der Vor-Hartz-Zeit durchgeführte - Modellversuche lassen vermuten, dass sich die Zeitarbeit tatsächlich als ein wirksames arbeitsmarktpolitisches Eingliederungsinstrument nutzen lässt. Im folgenden wird insbesondere auch Bezug genommen auf die zwischenzeitlich erschienene äußerst informative Studie „Die Personal-Service-Agentur (PSA)“ (Hrsg.: Bertelsmann Stiftung, Bundesanstalt für Arbeit, McKinsey & Company, Gütersloh 2002; im folgenden: „PSA“).

Um begriffliche Verwirrungen zu vermeiden, sind einige Vorklärungen vonnöten. Im Bericht der Hartz-Kommission (im folgenden: „Hartz-Papier“) ist von „vermittlungsorientierter Arbeitnehmerüberlassung“ (147) mit dem Ziel der Eingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt die Rede. Im Rahmen dieses Konzepts ist die Zeitarbeitsbeschäftigung als eine „Übergangsbeschäftigung“ (Hartz-Papier, 148) definiert, die es dem Arbeitnehmer ermöglichen soll, in ein alternatives dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis insbesondere bei einem der Entleihbetriebe einzumünden (Stichwort: „Klebeffekt“; Hartz-Papier, 9).

Diese Definition und Zielsetzung scheint dem Autor

präziserungsbedürftig, da der Blick nur auf einen - wenn auch sehr wichtigen - Aspekt der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung von Zeitarbeit gelenkt wird. Ausgangspunkt für die terminologische Klärung bildet die Tatsache, dass die arbeitsmarktpolitisch instrumentalisierte Zeitarbeitsbeschäftigung generell eine „subventionierte“ Beschäftigungsform darstellt, die Arbeitslosen zugedacht ist, die einer bzw. genau dieser finanziell basierten Förderform zur Eingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt bedürfen. Im Rahmen dieser Betrachtungsweise ist die „subventionierte Zeitarbeitsbeschäftigung“ ein arbeitsmarktpolitisches Instrument mit doppelter Ausrichtung:

- Entweder steht bei der subventionierten Zeitarbeitsbeschäftigung die Brückenfunktion, der „Klebeffekt“, im Vordergrund - wie z.B. im PSA-Konzept der Fall; im folgenden: „Vermittlungsorientierte Zeitarbeitsbeschäftigung“.
- Oder aber die Eingliederung in (subventionierte) Zeitarbeitsbeschäftigung selbst ist das Ziel, insoweit nämlich im Falle bestimmter Zielgruppen die Eingliederung in diese spezifische Form der Beschäftigung sich als eine sinnvolle Möglichkeit und eventuell sogar als die einzige Chance zur Wiedereingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt anbietet; im folgenden: „Nicht-vermittlungsorientierte Zeitarbeitsbeschäftigung“.

Das Instrument einer (primär) nicht-vermittlungsorientierten Zeitarbeitsbeschäftigung wird im Arbeitsamt Kaiserslautern seit einigen Wochen im Rahmen des Modellprojekts „Zukunftsvertrag Zeitarbeit“ genutzt. Die Zielgruppe bilden arbeitslose Jugendliche unter 25 Jahren, die im Arbeitsamtsbezirk Kaiserslautern mit einer sehr schwierigen Arbeitsmarktlage konfrontiert sind (Jugend-Arbeitslosenquote Ende Juni 2002 = 10,5 %). Trotz Berufsabschluß finden viele der Jugendlichen keine Übernahme im Ausbildungsbetrieb; und auch in anderen Betrieben der Region, die nicht der Zeitarbeitsbranche zugehören, ist eine Eingliederung trotz des Angebotes von Lohnkostenzuschüssen nur schwer bzw. nicht so schnell wie gewünscht zu realisieren. Um einem Abrutschen in eine noch längere Arbeitslosigkeit gegenzusteuern, wurde deshalb ein spezielles auf Zeitarbeit ausgerichtete Eingliederungsprogramm für diese Zielgruppe kreiert.

Im ersten Schritt wurde mit mehreren gewerblichen Zeitarbeitsfirmen eine Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. In dieser Vereinbarung ist u.a. festgelegt, dass die Zeitarbeitsfirma, die einen der Zielgruppe zugehörigen arbeitslosen Jugendlichen einstellt, für einen Zeitraum von 12 Monaten einen Eingliederungszuschuss (EGZ) als Lohnkostenzuschuss erhält: 70 % während der ersten 4 Monate und 40 % während der Restlaufzeit. Die EGZ-Förderung - ein

klassisches Instrument der aktiven Arbeitsförderung - erfolgt auf Basis der generellen gesetzlichen EGZ-Vorschriften. Die Zeitarbeitsfirma ist verpflichtet, während der Phase der EGZ-Förderung auf eigene Kosten auf mögliche Einsatzfelder bezogene Qualifizierungsmodule zu integrieren.

Bei dem Projekt „Zukunftsvertrag Zeitarbeit“ steht - und dies sei nochmals hervorgehoben - nicht die Vermittlung der Jugendlichen in ein alternatives Beschäftigungsverhältnis im Vordergrund. Auf Zeit angelegt ist die (EGZ-)Subventionierung, aber nicht (notwendigerweise) das Zeitarbeitsverhältnis; die Aufnahme der Beschäftigung bei einer der beteiligten gewerblichen Zeitarbeitsfirmen ist selbst schon als eine erfolgreiche Eingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt zu werten. Es bleibt also offen bzw. dem jugendlichen Zeitarbeitnehmer überlassen, ob er die Zeitarbeitsbeschäftigung nur übergangsweise oder als längerfristige - eventuell sogar dauerhafte - Beschäftigungsform nutzen will.

In arbeitsmarktpolitischer Perspektive bietet die Form der Zeitarbeitsbeschäftigung einige ganz spezifische Vorteile und Nutzeffekte. Insbesondere ein hohes Maß an Flexibilität gehört zu den Wesensmerkmalen der Zeitarbeit - und genau in diesem für die Branche typischen Merkmal liegen auch die Chance und die Hoffnung begründet, über die oder in der Zeitarbeit einen Weg aus der Arbeitslosigkeit bahnen zu können. Die subventionierte Zeitarbeitsbeschäftigung bietet generell - ob mit oder ohne Vermittlungsorientierung - die Möglichkeit, zielgruppenspezifischen Erfordernissen in besonderer Weise Rechnung zu tragen:

- **Die Einsatzfelder und -zeiträume können sehr genau den individuellen Voraussetzungen und Möglichkeiten der (vormals arbeitslosen) Zeitarbeitskräfte angepaßt werden.**
- **Der Zeitarbeitnehmer erhält Gelegenheit, in Anbindung an reale Arbeits- und Marktbedingungen beruflich wieder Fuß zu fassen.**
- **Der Zeitarbeitnehmer kann an unterschiedlichen Einsatzorten berufliche Erfahrungen sammeln, auffrischen und erweitern.**
- **Der Zeitarbeitnehmer kann sich in den Entleihbetrieben „präsentieren“, Kontakte knüpfen und - wenn gewünscht - den Wechsel zu einem Entleihbetrieb vorbereiten.**

Die Notwendigkeit einer - wie auch immer ausgestalteten - Subventionierung liegt insbesondere in der Tatsache begründet, dass im Falle der zur Diskussion stehenden Zielgruppen (im Vergleich zu Normgruppen)

- **eine mehr oder minder ausgeprägte - vielfach auch persönlichkeitsbedingte - Minderleistung der**

Fall ist,

- **ein überdurchschnittlicher Qualifizierungsbedarf in Richtung auf die anvisierten Einsatzfelder notwendig ist,**
- **ein - aus den vorgenannten Punkten abzuleiten des - erhöhtes Maß an verleihefreien Zeiten in Rechnung zu stellen ist.**

Auch die PSA-Beschäftigung ist eine Variante der subventionierten Zeitarbeitsbeschäftigung - aber eben eine mit eindeutiger Vermittlungsorientierung. Die PSA hat eine (temporäre) Beschäftigungsfunktion, ist im Kern aber darauf ausgerichtet, ausgewählten Arbeitslosen über die in der Regel auf zwölf Monate befristete, sozialversicherungspflichtige PSA-Beschäftigung ein Sprungbrett in ein alternatives Beschäftigungsverhältnis zu bieten:

„Über den vermittlungsorientierten Verleih, ‚Learning on the Job‘, Coachingmaßnahmen und Kurzqualifizierungen werden die PSA-Mitarbeiter auf eine dauerhafte Integration in den ersten Arbeitsmarkt vorbereitet.“ (PSA, 9 f.)

Eine große Ähnlichkeit - insbesondere hinsichtlich der Finanzierungsmodalitäten - hat das PSA-Konzept mit dem vom Autor im Arbeitsamt Ludwigshafen im Jahre 2000 umgesetzten Modell „Beschäftigung im Ersten Arbeitsmarkt - BEA 2000“ (siehe: Interview mit dem Autor, *BEA als idealer Weg zurück in die Arbeitswelt*, in: *Zukunft Beruf*, Ausgabe 07/04/00 für die Vorderpfalz, Lampertheim Aug./Sept. 2000, 90). Das BEA-Modell war vor allem als eine Alternative zu den Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen erdacht worden. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen sind kostenintensiv; und die Eingliederungseffekte sind - was sich langsam herumgesprochen haben dürfte - äußerst dürftig.

Die mit der Durchführung des BEA-Programms beauftragten „BEA-Zeitarbeitsfirmen“ (mehrheitlich gemeinnützige Träger) hatten - wie bei der vermittlungsorientierten Zeitarbeitsbeschäftigung generell der Fall - eine Doppelfunktion:

- **Zum einen eine Beschäftigungsfunktion; und in Erfüllung dieser Funktion galt es für die vom Arbeitsamt zugewiesene Klientel Aufträge zur Arbeitnehmerüberlassung in ausreichender Zahl am Markt hereinzuholen.**
- **Zum anderen einen klar definierten Vermittlungsauftrag; die BEA-Beschäftigung war eindeutig ausgewiesen als eine zeitlich begrenzte Zwischentappe subventionierter Beschäftigung mit dem Endziel einer Vermittlung in ein nicht-subventioniertes reguläres sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis.**

Entsprechend der Doppelfunktion der BEA-Firmen basierte auch die Subventionierung auf zwei Säulen: Pro BEA-Beschäftigten wurde eine monatliche „Basisförderung“ gewährt. Und im Falle einer erfolgreichen Vermittlung wurde zudem eine degressiv abgestufte „Vermittlungsprämie“ gezahlt; die Prämie fiel umso höher aus, je schneller der vermittlungsbedingte Austritt aus der BEA-Beschäftigung erfolgte.

Das BEA-Finanzierungsmodell war bewußt so ausgelegt, dass für die BEA-Firma über die Subventionierung keine Kostendeckung zu erzielen war. Genau dieser Gedanke spielt auch im PSA-Konzept eine entscheidende Rolle, insofern die PSA „ausdrücklich nicht als voll subventionierte Beschäftigungsgesellschaft“ (PSA, 11) begriffen wird:

„Ein degressiv gestaffeltes, auf Zeitarbeitszuschüssen und Vermittlungsprämien basierendes Anreizsystem stellt sicher, dass die Arbeitnehmerüberlassung der PSA auf die nachhaltige Vermittlung ihrer eigenen Mitarbeiter (Zeitarbeitnehmer) fokussiert bleibt.“ (PSA, 10)

Für den PSA-Träger ist eine Abdeckung aller seiner Kosten und die Erwirtschaftung von Rentabilitäten nur über ein klar marktorientiertes Agieren möglich. Diese Konstruktion hat den auch in fiskalischer Hinsicht bedeutsamen Effekt, dass ein Arbeitsloser, der nur nach längerer Verweildauer in Arbeitslosigkeit in einen regulären Vollzeitjob zu vermitteln wäre, im Rahmen der PSA-Beschäftigung schon sehr schnell - also unter Minimierung der Verweildauer in Arbeitslosigkeit - und zumindest stundenweise wieder in den Wirtschaftskreislauf einzubinden ist. Insbesondere unter diesem Gesichtspunkt scheint dem Autor die PSA-Beschäftigung eine klare Alternative auch und gerade für Zielgruppen zu sein, die bisher in ABM einmündeten (und zu einem Großteil dann doch nicht vermittelt wurden).

Das vielleicht wichtigste Argument für die subventionierte Zeitarbeitsbeschäftigung und damit auch für das PSA-Konzept ist die Tatsache, dass dieses Instrument - wenn es denn unbürokratisch ausgestaltet und umgesetzt wird - flexibel und auf sehr großer Breite eingesetzt werden kann. Modellrechnungen gehen davon aus, dass bundesweit im Bestand der PSA ca. 65.000 bis 100.000 Personen zu beschäftigen und bei Annahme einer durchschnittlichen Verweildauer von acht Monaten über den „Klebeffekt“ pro Jahr ca. 50.000 bis 75.000 Vermittlungen zu realisieren sind (siehe: PSA, 28 ff.).

Schlußbemerkung:

Das Kernziel einer aktiven Arbeitsmarktpolitik ist die schnellstmögliche Eingliederung Arbeitsloser in den Ersten Arbeitsmarkt. Alle (sinnvollen) Sub-Ziele - wie

z.B. die sozialtherapeutische Stabilisierung eines Arbeitslosen - sind im Rahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik diesem Kernziel unterzuordnen.

Die PSA ist nicht nur ein neues Arbeitsmarktinstrument, sondern auch eines, von dem zu vermuten steht, dass es die Eingliederung in den Ersten Arbeitsmarkt massenwirksam unterstützen kann. Der konkret praktizierte Einsatz und die Struktur vieler traditioneller Förderinstrumente wurden dem Eingliederungsziel in der Vergangenheit ganz sicher nicht immer in dem gewünschten Maße gerecht. Auch die traditionellen Instrumente hatten und haben ihre Effekte. Aber: Berücksichtigt man, dass das Volumen des Eingliederungstitels, in dem die wichtigsten Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik gebündelt sind, sich im Jahre 2002 auf ca. 14 Mrd. Euro beläuft, dann ist die entscheidende Frage, die auf der Tagesordnung (der Politik und des Bundesrechnungshofes) steht und stand:

Kann unter der Voraussetzung des gegebenen gewaltigen Fördervolumens und im Vergleich zur traditionellen Arbeitsmarktpolitik durch die Wahl neuer und alternativer arbeitsmarktpolitischer Instrumente und Strategien nicht eventuell ein wesentlich höherer arbeitsmarktpolitischer Effekt erzielt werden? Und ein höherer arbeitsmarktpolitischer Effekt bedeutet, dass es gelingen möge, arbeitslose Menschen in größerer Zahl und/oder schneller, als dies in der Vergangenheit der Fall war, in den Ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.

Mit dem PSA-Konzept scheint eine erste Teilantwort gefunden.

Hellmuth van Norden, stellvertretender Leiter des Arbeitsamts Kaiserslautern



Die Wissensgesellschaft kommt

Tagungsbericht über das 12. Forum Sozialethik 2002

Ethische Anfragen an einen unumstrittenen Begriff "Die Wissensgesellschaft kommt", prophezeit die Anzeige eines großen deutschen Technologiekonzerns in einer sozialwissenschaftlichen Fachzeitschrift. Obwohl der Begriff heftig umstritten ist, hat er gegenwärtig Konjunktur. Das zeigt schon der Blick in die diesjährigen Wahlprogramme. In der theologischen Sozialethik ist die Diskussion um den Übergang zur spätmodernen Wissensgesellschaft, wie sie gegenwärtig in den Sozialwissenschaften, aber auch in Politik, Wirtschaft, Kultur und Gesellschaft geführt wird, bisher nicht auf breiter Linie rezipiert worden. Einen ersten Anlauf hierzu unternahm das diesjährige 12. Forum Sozialethik, das – wie in den Jahren zuvor – Anfang September in der Dortmunder *Kommende*, dem Sozialinstitut des Erzbistums Paderborn, stattfand (*Tagungsleitung: Axel Bernd Kunze und Alexander Filipovic, Bamberg*). Das Forum dient dem Austausch von Nachwuchswissenschaftlerinnen und –wissenschaftlern des Faches Sozialethik im deutschsprachigen Raum (vgl. auch *ige* 1/2002, 9 f.).

Bereits das Eröffnungsreferat des Verfassers machte deutlich, wie vielfältig, aber auch unspezifisch der Begriff im Bereich von Politik und Lobbying verwendet wird. Drei Schwerpunkte lassen sich dabei ausmachen: Es geht um die Nutzung und Weiterentwicklung der neuen Informationstechnologien, um die Veränderungen der Arbeitsgesellschaft nach Ende des klassischen Industriezeitalters und um verstärkte Bildungsanstrengungen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands auf dem globalen Bildungsmarkt. Einleitend formulierte *Matthias Sellmann (Hamm)* aus systemtheoretischer Perspektive drei Provokationen an die Sozialethik, die sich aus dem wissenschaftsgesellschaftlichen Diskurs ergeben: Die Sozialethik müsse seiner Meinung nach eine Antwort auf die gegenwärtige Krise des Vernunft- und Subjektdenkens finden und sich von ihrer argumentativen Fokussierung auf Personen, Überzeugungen und Handlungen trennen. Stattdessen sei es notwendig zu lernen, organisatorische Kompetenz in den Blick zu nehmen. Sozialethik werde dadurch zur "PoEthik", die ihre Visionen vom rechten und guten Leben als systemübergreifende Heuristik zur Sprache bringe.

Christof Arn (Scharans/Schweiz) machte deutlich, wie über Ethikkommissionen, Beiräte oder Politikberatung ein reziproker Austausch zwischen ethischer Forschung und Praxis sichergestellt werden könne. Die wachsende Zahl an Ethikkommissionen markiere ei-

nen steigenden Ethikbedarf; allerdings sei bis heute nicht geklärt, ob es sich bei den Ethik-Kommissionen vorrangig um Fach- oder Interessengremien handle. Der zweite Tag des Forums setzte mit einem gesellschaftsanalytischen Zugang ein. *Alexander Filipovic* wies darauf hin, dass soziales Vertrauen in einer komplexer werdenden und sich weiter ausdifferenzierenden Gesellschaft immer wichtiger werde – ein Thema, das in der Sozialethik eingehender als bisher reflektiert werden sollte. Dies gilt auch für den Netzwerkbegriff und die Funktionslogik sozialer Netzwerke, wie *Michael Hainz (München)* in der Auseinandersetzung mit Manuel Castells und dessen Werk "The Information Age" deutlich machte. Am Nachmittag standen wirtschaftsethische Fragen im Mittelpunkt: Anhand zahlreicher Beispiele warnte *Richard Wagner (Passau)* vor einem manipulativen Einsatz ethischer Argumente bei ökologischen oder wirtschaftlichen Streitfragen.

Bildungsbegriff Adornos

Ausgehend vom kritischen Bildungsbegriff Theodor W. Adornos, plädierte *Axel Bohmeyer (Frankfurt a. M.)* in seinem Tagungsbeitrag für eine "nützliche Nutzlosigkeit der Bildung". Er wandte sich damit gegen eine teleologische Verwendung und ökonomische Instrumentalisierung des Bildungsbegriffs in der aktuellen Debatte um die Wissensgesellschaft. Von einem Übergang zur Wissensgesellschaft kann für Bohmeyer nur in Form einer soziologischen Prognose gesprochen werden. Dem widersprach die nachfolgende Referentin: Für *Sonja Sailer-Pfister (Bamberg)* ist ein Strukturwandel in der Arbeitsgesellschaft nicht zu übersehen. Es sei ein eigener Wissenssektor entstanden, der noch an Bedeutung zunehmen werde. Allerdings bleibt nach Ansicht der Referentin die Erwerbsarbeit auf absehbare Zeit weiterhin der wichtigste Faktor für Kapital, Anerkennung und Beteiligung. Eine kontroverse Diskussion entwickelte sich darüber, ob es angesichts dieser Prognose sinnvoll sei, ein Menschenrecht auf Arbeit zu verankern. Aus dem Kreis der Tagungsteilnehmer wurde dagegen vorgeschlagen, sich stärker auf ein Recht auf Einkommen (z. B. in Form einer Grundsicherung) zu konzentrieren. "Handlungsoptionen" lautete die Überschrift des abschließenden Tagungsblocks. An dieser Stelle wurde der angestrebte Werkstattcharakter der Tagung besonders deutlich und die Referenten nutzten die Gelegenheit, eigene Forschungsentwürfe aus ihrer aktuellen Arbeit zur Diskussion zu stellen. *Johannes Frühbauer (Augsburg)* skizzierte Grundlinien einer Internetethik und machte auf die sozial-ethischen Herausforderungen aufmerksam, die sich aus der digitalen Spaltung ("Digital Divide") der Gesellschaft in "User" und "Non-User" ergeben. Die sozialetische Forschung stehe bei diesem Problem noch am Anfang. Ungeklärt sei beispielsweise, ob Information als öffentliches Gut zu betrachten sei

und damit auch von einem Grundrecht auf Information gesprochen werden müsse. Die getroffenen Festlegungen seien wichtige Weichenstellungen für später notwendige Güterabwägungen. Wie die Diskussion zeigte, sind viele soziale, politische, ökologische und interkulturelle Auswirkungen der neuen Informationstechnologien heute erst schwer abschätzbar. Hier besteht noch großer Forschungsbedarf. Um einen stärkeren Austausch zwischen sozialetischer Forschung und Praxis zu ermöglichen, hatte sich das diesjährige Vorbereitungsteam aus Bamberg für eine neue Arbeitsform entschieden. Politik und Verbände erheben den Anspruch, die Wissensgesellschaft zu gestalten. Zwei Praxisgespräche gaben Gelegenheit darüber zu diskutieren, was dies – zum einen aus kirchlicher und zum anderen aus politischer Sicht – konkret bedeutet. Als Gesprächspartner eingeladen waren *Lukas Rölli (Bonn)*, Geschäftsführer des Forums Hochschule und Kirche e. V., und *Ulla Burchardt (Dortmund/Berlin)*, örtliche Bundestagsabgeordnete sowie stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Kirchen sollten sich in der Bildung mehr engagieren

Das gegenwärtige Engagement der Kirchen und der Theologie in der neu entfachten Bildungsdebatte ist nach Röllis Ansicht zu gering. Drei Begriffe sollten aus sozialetischer Perspektive in der Bildungspolitik stark gemacht werden: Beteiligungsgerechtigkeit, Orientierungswissen und lebenslanges Lernen. Rölli stellte zur Diskussion, ob das Prinzip der Nachhaltigkeit auf die Bildungsethik übertragen werden sollte. Rölli selbst führte dafür anthropologische Argumente ins Feld. Burchardt machte in ihrem Gesprächsimpuls auf die umwelt-, familien- und entwicklungspolitischen Aspekte der Diskussion um die Wissensgesellschaft aufmerksam. Die Abgeordnete sprach sich für eine deutliche Arbeitsteilung zwischen Politik und Religion aus: Das Parlament sei nicht für "Wahrheit" zuständig, müsse aber gleichwohl dafür offen bleiben, normative Orientierungen zu kommunizieren. Die spezifische Aufgabe der Politik sei es, verbindliche Entscheidungen zu treffen und zu legitimieren. Von der Wissenschaft wünschte sich die Politikerin ein stärkeres Engagement in der Politikberatung und schloss dabei ausdrücklich die Geisteswissenschaften mit ein. Ihr Wunsch sei die Einrichtung eines so genannten "Zukunftsausschusses" im Bundestag, in dem langfristige Technikfolgen intensiver als heute diskutiert werden könnten.

Resume

Die Veranstaltung machte die sozialetische Relevanz des durchaus schillernden Konzepts der Wissens-

gesellschaft deutlich. Die Diskussion über die damit verbundenen ethischen Anfragen wird weitergehen müssen. Eine Tagungsdokumentation erscheint im kommenden Jahr in der Reihe *Bamberger Theologisches Forum*.

Das nächste *Forum Sozialethik* findet vom 8. bis 10. September 2003 wiederum in der Dortmunder *Kommende* statt und wird von einem Vorbereitungsteam aus Frankfurt gestaltet. Dann wird es um eine Sozialethik kirchlichen Lebens gehen. Dabei soll die Kirche selbst als Objekt sozial-ethischer Beschäftigung in den Blick genommen werden.

Axel Bernd Kunze, Dipl.-Theol. u. Dipl.-Päd. (Bamberg)
Der Autor ist in der Bildungsarbeit tätig und promoviert gegenwärtig in Politikethik bei Frau Prof. Dr. Heimbach-Steins.

Kontakt:

Forum Sozialethik 2002 - Vorbereitungsteam
c/o Axel Bernd Kunze
Ferdinand-Tietz-Straße 71, D-96052 Bamberg
Tel. (0 9 51) 4 53 18, E-Mail: Kunze-Bamberg@t-online.de
Internet: <http://www.uni-bamberg.de/ktheo/csl/forum.htm>



Aus der Redaktion

Bald nach der Ausgabe der Ausgabe 3/2002 verschlechterte sich der Gesundheitszustand meiner Eltern nochmal dramatisch bis Sie beide im November starben. Das hat mir viel Kraft gekostet, so dass ich den Informationsdienst nicht fertig machen konnte. Ich hoffe auf Euer/Ihr Verständnis.

Wir werden sobald wie möglich eine Mitgliederversammlung für eine kleine Satzungsänderung für das Finanzamt durchführen, Heribert Zingel hat in Wiesbaden - Nauroth für das letzte Juni-Wochende (Freitag/Samstag) Plätze reserviert, dass eine Mitgliederversammlung/Jahrestagung stattfinden kann.

Rückfragen werden gern beantwortet.

Der nächste ige wird Ende Februar/Anfang März erscheinen.

Gerhard L.Endres, Redaktion , ige

: Dokumentation IV:

Katholische Verbände protestieren gemeinsam gegen Verlängerung der Ladenöffnungszeiten

“Wir brauchen keine ‚Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft‘ mit mehr Kaufrausch im Kaufhaus, sondern mehr Gewinn an Lebenssinn. Durch eine Verlängerung der Ladenöffnungszeiten droht ein weiterer massiver Abbau von Stellen im Einzelhandel. Für die Beschäftigten, in der Regel Frauen und Mütter, verschärft sich der Spagat der Vereinbarkeit von Erwerbs- und Familienzeit“, so Elisabeth Bußmann.

Mit dieser Position protestieren die großen katholischen Verbände gemeinsam gegen die Ausweitung der Ladenöffnungszeiten. Die Präsidentin des Familienbundes der Katholiken (FDK) Elisabeth Bußmann, die Präsidentin der Katholischen Frauengemeinschaft Deutschlands (kfd) Magdalena Bogner, das Kolpingwerk Deutschlands vertreten durch den Bundesvorsitzenden Heinz Schemken und der stellvertretende Bundesvorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) Rudi Großmann widersprechen dem Argument, eine Verlängerung der Öffnungszeiten belebe die Konjunktur. Die letzte Liberalisierung hat keinen Aufschwung und kein Mehr an Kaufkraft gebracht. Die erhoffte Schaffung zusätzlicher

Arbeitsplätze ist ausgeblieben. Die Ausweitung führt im Gegenteil zu einem massiven Stellenabbau im Einzelhandel.

Die Verlängerung der Öffnungszeiten betrifft insbesondere Frauen, die die Mehrzahl der im Einzelhandel Beschäftigten stellen. Die meisten dieser Frauen tragen neben ihrer Erwerbstätigkeit auch noch als Mütter die Hauptverantwortung für den familiären Zusammenhalt. Die Verlängerung bringt ein Weniger an gemeinsamer Zeit in den Familien mit sich.

Die Vorsitzenden der Verbände sehen in der Liberalisierung vor allem die Tendenz zu einer Rund-um-die-Uhr-Gesellschaft und damit die Gefahr, dass auch in absehbarer Zeit vor dem Sonntag nicht Halt gemacht wird. Die Sonntagskultur als Tag der Ruhe und Besinnung für Familien wie aber auch für den Einzelnen gilt es in einer zunehmend hektischeren und vom Konsumgeist getriebenen Gesellschaft zu schützen.

Familienbund der deutschen Katholiken, Katholische Arbeitnehmerbewegung Bundesverband, Kolpingwerk Deutschland, Katholische Frauengemeinschaft Deutschlands (Bundesverband)

Kontakt: u.a. <http://www.kab.de>, [kfd.de](http://www.kfd.de), [kolping.de](http://www.kolping.de), [familienbund.org](http://www.familienbund.org)



HANS-GÜNTER KRÜSSELBERG, HEINZ REICHMANN (HRSG.)
ZUKUNFTSPERSPEKTIVE FAMILIE UND WIRTSCHAFT, VOM WERT
VON FAMILIE FÜR WIRTSCHAFT, STAAT UND GESELLSCHAFT,
JUNI 2002, 452 SEITEN, FESTER LEINENEINBAND, SCHUTZ-
UMSCHLAG, 6 GRAFIKEN, 29 EUR, VEKTOR-VERLAG GRAF-
SCHAFT 2002, ISBN 3-929304-42-2

Mit der Studie „Zukunftsperspektive Familie und Wirtschaft“ legt der Arbeitskreis Evangelischer Unternehmer (AEU) die gesammelten Erfahrungen eines langen Diskussionsprozesses vor, der von ihm insbesondere im Rahmen des Konsultationsprozesses der beiden großen christlichen Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland angeregt wurde. Die Studie enthält die 1997 im Rahmen seiner Jahrestagung unter dem Generalthema „Die Bedeutung der Familie in unserer Gesellschaft“ und anschließenden Diskussionsrunden der regionalen Arbeitsgruppen gesammelten Erfahrungen und Einsichten und soll zu einem weiteren, möglichst öffentlichen Gespräch beitragen.

Der Band enthält aber auch, und das macht ihn besonders wertvoll, die in einem langen, der wissenschaftlichen Fundierung der Familienarbeit und Familienpolitik gewidmeten Arbeitsleben gewonnenen Erfahrungen und Einsichten von zwei Persönlichkeiten, deren Verdienste um die Aufwertung und Anerkennung der Familienarbeit und die familiengerechte Gestaltung der Sozialpolitik nicht hoch genug eingeschätzt und gewürdigt werden können: Frau Professor Dr. Rosemarie von Schweitzer, Giessen, und Professor Dr. Hans-Günter Krüsselberg, Marburg, die jeweils mit mehreren Aufsätzen im Band vertreten sind. .

Der Band geht mit unserer Politik, insbesondere der Sozial- und Familienpolitik, hart ins Gericht. Auf hohem wissenschaftlichen Niveau, dafür garantieren viele renommierte Namen der Familienwissenschaften, werden die Fehlentwicklungen und Defizite zu Lasten der Familien mit Kindern aufgezeigt und angeprangert. „Die Einsicht in die parasitäre Aneignung der Ergebnisse familialer Investitionen in die humane Infrastruktur unserer Gesellschaft durch nicht-familiale Dritte“ (F.X. Kaufmann) zu vermitteln, ist ein wichtiges Anliegen dieses Bandes und der daran anknüpfenden Botschaften.

Die Vielfalt der angesprochenen Inhalte und Verfasser und die Gliederung des Bandes in fünf Teile:

- Die ordnungspolitische Herausforderung;
- Prozesse des gesellschaftlichen Wandels - und der Wandel des familialen Alltags;
- Junge Menschen auf dem Weg von der Kindheit in die Welt der Erwachsenen;
- Familie in der Perspektive der evangelischen Theologie - Über die Bedeutung gesellschaftlicher Diskurse;

- Die Botschaften

haben ein richtiges Kompendium der Familienpolitik entstehen lassen, das weit über den etwas eingrenzenden Gesamttitel „Familie und Wirtschaft“ hinausreicht. Neben Autoren aus dem Bereich der Familien- und Haushaltswissenschaften wie Hans-Günter Krüsselberg, der gleich mit 5 Beiträgen vertreten ist, oder Rosemarie von Schweitzer, die frühere Vorsitzende der Wissenschaftlichen Kommission für den fünften Familienbericht (zwei Beiträge) sowie den Beschlüssen der Landessynode der Evangelisch-lutherischen Kirche in Bayern bzw. der Theologischen Kammer der Evangelischen Kirche in Kurhessen-Waldeck zur heiklen Diskussion um den Stellenwert der Ehe und anderer Gemeinschaften im Kontext der Familienpolitik sind auch andere Wissenschaften mit guten Namen vertreten: Die Erziehungswissenschaften mit Peter Büchner, die theologische Wissenschaft mit Bischof Dr. Martin Hein und Dr. Bernd Wannenwetsch, die Soziologie mit Dr. Rosemarie Nave-Herz, die Psychologie mit Dr. Klaus A. Schneewind

Dass diese Diskussion und Publikation im Rahmen einer Unternehmervereinigung geschieht, denen in unserer Gesellschaft die Vermutung von besonderer Kompetenz, was Fragen der Wirtschaft angeht, entgegengebracht wird, könnte für eine entsprechend ernst gemeinte Aufnahme in der öffentlichen Diskussion, insbesondere auch in den Kirchen, hilfreich sein. Von katholischer Seite bliebe zu hoffen, dass beispielsweise der BKK, aber nicht nur er, in dieses Gespräch einbezogen wird und dass endlich das von dem Gemeinsamen Wort geforderte „öffentliche Gespräch“ über diese Fragen auch wirklich zustande kommt. Bisher hat man eher den Eindruck, dass sich die Zuständigen diesem Gespräch verweigern.

Für dieses Gespräch könnte es auch interessant sein, unterschiedliche Sichtweisen, auch aufgrund unterschiedlicher Traditionen, zu besprechen, die jemandem, der aus einer katholischen Sozialisation in Deutschland kommt, bei der Lektüre des Bandes auffallen. Zum Beispiel:

- Die Katholische Soziallehre erwartet, dass bei der Beurteilung ökonomischer Arbeit nicht nur die Ergebnisse in Form von Waren, Diensten oder Investitionsgütern wichtig sind, sondern auch der Prozess des Arbeitens selbst der Entfaltung der Person, der Selbstverwirklichung dient. Dieser Aspekt kommt m. E. am Beginn des Bandes bei den Beiträgen von Prof. Krüsselberg etwas zu kurz, bzw. geht ganz unter vor dem Bemühen des Autors, die Bedeutung der Familienarbeit für die Produktion des Humankapitals herauszustellen. Bei Prof. v. Schweitzer nimmt dieser Aspekt unter dem Stichwort „Alltagskultur“ allerdings einen höheren Rang ein.
- Frage: Müsste nicht, wenn Familie und Familienarbeit sozusagen in die Sache und den Begriff Wirtschaft

hineingenommen wird, schon im Titel die Formulierung heißen „Familie *als* Wirtschaft“ und müßten dann nicht nur die Leistungen der Familie *für* den „Sektor“ Wirtschaft herausgestellt werden, sondern eben alles *als* wirtschaftliche Leistung in Erscheinung treten, was im Sinne von O. v. Nell-Breunings „Mittel“ ist zur Selbstverwirklichung des Menschen.

- Der verdienstvolle Versuch von Professor Krüßelberg, den evangelischen Wurzeln der Sozialen Marktwirtschaft nachzugehen und eine ordnungspolitische Botschaft zu formulieren wird so verstanden, dass staatliche Intervention und gewerkschaftliche Tarifpolitik eher kritisch betrachtet, der Markt aber in seinen Wirkungen auf die Grundfragen der Familien-, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit eher überschätzt wird. Dies wird besonders deutlich in den Passagen, wo die Schiller'sche Politik der Globalsteuerung kritisiert wird. Hier würde ich aus katholischer Tradition bei aller Wertschätzung und allem Einsatz für eine Annäherung an die idealtypische Version der Sozialen Marktwirtschaft die Bedeutung, ja unverzichtbare Notwendigkeit von mehr Sozialstaat, auch die Stärkung von gewerkschaftlicher Ordnungsfunktion und eine Stärkerung und Ausweitung tarifpolitischer Gestaltung auf der Makro-Ebene betonen
- Das Bedauern der Erfolglosigkeit der Bemühungen um eine Neue Sozialpolitik folgt der damals üblichen Diskussion, die die neue Sozialpolitik gegen die alte durchsetzen wollte. Heute, nach 30 Jahren anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit und beispielloser volkswirtschaftlicher Verschwendung durch sie, ist deutlich geworden, daß auch die alte soziale Frage durchaus virulent und sozialstaatliche Absicherungen sehr schnell brüchig werden können. Andererseits eröffnet diese Arbeitslosigkeit kurioserweise zusätzliche Spielräume, die uns in die Lage versetzen, beides, die alte und die neue Soziale Frage zu lösen. Ja, sie müssen beide gelöst werden, wenn wir wieder die Effizienz unserer Wirtschaft erreichen wollen.
- Sollte nicht die Wiederherstellung der Effizienz unserer Volkswirtschaft durch Vollbeschäftigung die ökonomischen Spielräume eröffnen, die alte wie die neue soziale Frage, soweit sie auf ökonomischen Mangelerscheinungen beruht, zu lösen?

Diese Anfragen könnten Gegenstand eines beginnenden Gesprächs sein, damit die insgesamt sehr zu begrüßenden Positionen der Studie ihr Ziel erreichen, einen Bewusstseinswandel herbeizuführen, der eines Tages auch die Politik erreicht.

Es ist nicht möglich, auch nur einen Überblick über die in der Studie dargestellten Sachverhalte und Probleme zu geben. Deshalb nur einige aus meinem eigenen Interesse heraus ausgewählte Punkte:

Demnächst wird die Frage des Artikel 6 GG Ehe und/oder Familie anstehen. Den beiden Kirchen wird hier eine wichtige Bedeutung zukommen. Es wäre wichtig, über die in der Studie aus evangelischer Sicht angesprochenen Lösungsansätze gemeinsam zu reden.

Prof. Krüßelberg gibt einen umfassenden Überblick über die Entwicklung der Sozialpolitik und die Berücksichtigung bzw. Nichtberücksichtigung der Familie in ihr. Vom Elend der Familien über die „alte“ und die „neue“ Sozialpolitik, Schreibers Vision eines „Solidar-Vertrags zwischen den Generationen“ und des „mündigen Bürgers“. Die sogenannte „familienpolitische Revolution 2001 durch das Bundesverfassungsgericht nimmt er zum Anlaß, auf eine fünfzigjährige Diskussion dieser Fragestellungen hinzuweisen, die Sozialenquete-Kommission des Jahres 1966 habe bereits darauf hingewiesen, daß die Familienarbeit in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung anders darzustellen sei. Der fünfte Familienbericht der Bundesregierung habe diesen Fragestellungen in der Fachwelt zum Durchbruch verholfen. Heute sei es richtig und wichtig, unter der Begrifflichkeit der „Nachhaltigkeit“ auch international stärker die Familienarbeit einzubeziehen

Insgesamt kann man subsumieren, es geht dem Band um das, was Franz-Xaver Kaufmann einmal so formuliert hat: „Einsicht in die parasitäre Aneignung der ‚Ergebnisse familialer Investitionen in die humane Infrastruktur einer Gesellschaft durch nicht-familiale Dritte zu vermitteln‘. In den anschließenden fünf Botschaften geht es um die Umsetzung in Politik.

Die zentrale These: Die Leistungen, die im Familienhaushalt erbracht werden, sind eine entscheidende Voraussetzung für die Kreativität der davon begünstigten Menschen im Alltagsleben und im Erwerbsleben. Sie schaffen zugleich die handlungsmäßigen Voraussetzungen für die Erstellung des Sozialproduktes, das sich grundsätzlich in Gestalt von Konsumgütern, die für den unmittelbaren Verbrauch bestimmt sind und von Investitionsgütern darstellt. Die Bedeutung von Investitionsgütern erwächst aus der Tatsache, daß sie die Erhaltung und Erweiterung oder Umgestaltung der Produktivkräfte gewährleisten.

Es ist rational dafür zu sorgen, dass das gesellschaftliche Handlungspotential erhalten bleibt.

Diese These gilt für alle Varianten von Vermögen, insbesondere auch für die Verfügbarkeit von menschlichem Handlungspotenzial. Dort geht es um die Erhaltung jener individuellen Handlungspotenziale, die in allen Gesellschaften die Menschen zu aktivem, zu kreativem Handeln in der Familie, der Wirtschaft, dem Staat und der Gesellschaft befähigen, um die Bewahrung jener Alltags- und Fachkompetenzen, deren Grundlegung durch „Investitionen in den Menschen“ erfolgt, was am „Arbeitsplatz Familie“ geleistet wird.

Hans Ludwig, Diplom - Ökonom, Mettlach

Europa muss Konjunkturlokomotive werden

Tagung der Hans-Böckler-Stiftung zum Arbeitsmarkt

Düsseldorf. Die europäische Wirtschaft brauche einen Wachstumsimpuls, forderte Heiner Flassbeck, derzeit Chefökonom bei der UN-Organisation Unctad in Genf auf dem Herbst-Forum der Hans-Böckler-Stiftung in Düsseldorf. Doch ohne wirtschaftliche Makropolitik gebe es auch keinen Aufschwung und keine Veränderung am Arbeitsmarkt. In den letzten Jahren konnte auch der Export den Aufschwung in Deutschland nicht anregen. Für Heiner Flassbeck handeln die USA pragmatischer als die Europäer und bekämpften zuerst die Wachstumsdelle unabhängig von wirtschaftlichen Prinzipien. Stattdessen konzentriere sich die Europäische Zentralbank (EZB) vor allem die Inflationsbekämpfung, fordere weitere Deregulierungen auf dem Arbeitsmarkt und lehne jede Verantwortung – anders als die amerikanische Notenbank – für die wirtschaftliche Entwicklung lehne ab. Auch Professor Rudolf Hickel von der Universität Bremen und einer der Sprecher der alternativen Memorandumsgruppe forderte eine europäisch-koordinierte Wirtschaftspolitik. Für ihn war von Anfang an der Vertrag von Maastricht eine wirtschaftspolitische Fehlgeburt, denn Staatsverschuldung sei nicht immer schlecht. Für Professor Klaus Zimmermann, Präsident vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin sollte in Maastricht auf Druck der Wissenschaft eine konservative Wirtschaftspolitik festgeschrieben werden. Die Festlegung auf das drei Prozent Verschuldungskriterium ist für ihn genauso wie für Flassbeck und Hickel eine willkürliche Festlegung. Zimmermann forderte ein nicht-politisches Gegengewicht zur EZB, eine nachhaltige Finanzpolitik und die Veränderung der Maastricht-Kriterien. Er sieht eine langsame Veränderung bei der EU-Kommission, u.a. auch durch intensive Gespräche mit dem EU-Präsidenten Romano Prodi hin zu einer flexibleren Handhabung der Maastricht-Kriterien. Professor Ulrich Heilemann vom Rheinländisch-Westfälischen Wirtschaftsinstitut (RWI) in Essen verlangte eine stärkere makroökonomische Betrachtungsweise und eine engere Verzahnung von Mikro- und Makroökonomie. Am deutlichsten forderte Heiner Flassbeck, dass Europa die Konjunkturlokomotive für die Weltwirtschaft übernehme. Doch ohne die Veränderung der Maastricht-Kriterien zur Verschuldung und eine andere Geldpolitik der EZB wird es kein Anspringen der Konjunktur und keine Veränderungen am Arbeitsmarkt geben.

Gerhard L. Endres



Heiner Flassbeck

Arbeit und Kapitalismus - eine Systemkritik

Die beiden zentralen Begriffe „Arbeit“ und „Kapitalismus“.

„Arbeit“

sei im folgenden mit Angelika Krebs¹ in einem institutionellen Verständnis von ökonomischer Arbeit verstanden als „jede Tätigkeit im Rahmen des gesellschaftlichen Leistungsaustausches“. Man sehe es ja Tätigkeiten nicht natürlicherweise an, ob sie ökonomische Arbeit darstellen. Der Arbeitscharakter hänge vielmehr daran, ob „die Tätigkeit in den gesellschaftlichen Leistungsaustausch eingelassen ist“. In den gesellschaftlichen Leistungsaustausch eingelassen ist eine Tätigkeit dann, wenn sie im Falle ihres Fehlens von der Gesellschaft eigens organisiert werden müsste. In diesen Arbeitsbegriff ist dann eingeschlossen neben der außerhäuslichen marktvermittelten Erwerbsarbeit die Arbeit in öffentlichen transfer-finanzierten Einrichtungen und (das ist neu) die bisher unbezahlte Arbeit für Hilfsbedürftige in den privaten Haushalten, insbesondere also in Erziehung und Pflege. Nicht eingeschlossen ist die Eigenarbeit und die Partnerarbeit in den privaten Haushalten.

Allein diese begriffliche Festlegung erweitert unser Verständnis von Wirtschaft erheblich. Gemessen an den Arbeitsstunden wurden 1992 in ganz Deutschland 60 Mrd. Stunden bezahlt geleistet gegenüber 95,5 Mrd. Stunden unbezahlter Arbeit.² Seit Fourastié wissen wir, dass der Anteil der Warenproduktion gegenüber Dienstleistungen zurückgeht. Diese Entwicklung - verbunden mit der in den Wirtschafts- und Familienwissenschaften bestehenden Tendenz - die Familienarbeit als produktiven Sektor in unsere volkswirtschaftliche Gesamtrechnung einzubeziehen, wird den

Anteil des warenproduzierenden Sektors senken. Und das wird Wirkungen haben auf das, was wir traditionellerweise Industriegesellschaft bzw. Industriekapitalismus nennen.

Diese Arbeit in der Industriegesellschaft wurde bisher u. a. durch Sozialpolitik und gewerkschaftliche Tarifpolitik vor den schlimmsten Auswirkungen des Kapitalismus geschützt. Das Normalarbeitsverhältnis mit entsprechenden Rechten und Pflichten und Vollbeschäftigung sind hier die Stichworte. In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden Kampagnen gegen diese (alte) Sozialpolitik und die alte soziale Frage als Arbeiterfrage gestartet, die überholt und erledigt sei. Sie sei zu ersetzen durch eine neue Sozialpolitik, die auf die neue soziale Frage Antworten geben soll, nämlich die Berücksichtigung und Integration derjenigen, die nicht organisiert seien und aus sonstigen Gründen Probleme hätten, insbesondere die Familien mit Kindern. Eine seit nunmehr 30 Jahren anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit hat gezeigt, dass die alte soziale Frage durchaus virulent und sehr schnell sozialstaatliche Absicherungen wieder brüchig werden können. Andererseits eröffnet die Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitig wachsendem Sozialprodukt bei richtiger volkswirtschaftlicher Betrachtung Finanzierungsspielräume, die ausreichend sind, die alte und die neue Soziale Frage, soweit sie als ökonomische Mangelerscheinung zutage tritt, angemessen zu beantworten. Das ist die erste Folgerung für heute: Keine alternative Diskussion um alte oder neue Soziale Frage, beides ist nötig.

Die Arbeit im warenproduzierenden Sektor wurde aber auch bestimmend für das Selbstbewusstsein der Industriearbeiterschaft, die sich allein für produktiv hielt. Nur wer Waren schafft, schafft was neues, alle anderen, sei es der Chef, der Buchhalter, aber auch die eigene Familie, leben von dieser allein wertschaffenden Arbeit. Arbeiter pflegten sich so auch in Arbeiterbildungsseminaren vorzustellen: „Ich arbeite im produktiven Sektor meines Unternehmens“. Dies gilt es aufzuarbeiten, wenn nun die Arbeit in der Erziehung und Pflege auch als produktive, wertschaffende Arbeit anzuerkennen ist, was sie tatsächlich ja auch ist.

Im 19. Jahrhundert wurde in eher konservativen Kreisen (Vogelsang-Schule) angesichts der Entwicklung des liberalen Wirtschaftsdenkens und der Lohnarbeit auf Arbeitsmärkten das Problem aufgeworfen, ob denn menschliche Arbeit als unmittelbarer Ausfluss der menschlichen Personwürde wie eine Ware auf dem Markte gehandelt werden dürfe (Haider Thesen 1882). Dem ist dann die Mönchengladbacher Richtung um Franz Brandts und Franz Hitze gegenübergetreten, die die „kapitalistische Wirtschaftsweise“ ihrer Erfolge und damit wohl auch ihrer Unvermeidbarkeit wegen unter Bedingungen akzeptieren wollten. Es

kam zu einer Art historischem Kompromiß, der dann auch in der ersten großen Sozial-Enzyklika zur Arbeiterfrage 1891 übernommen wurde: Das kapitalistische Lohn-Arbeits-Verhältnis ist nicht von Grund auf schlecht und deshalb zu verurteilen, es kann angenommen werden, wenn es denn sozialpolitisch gestaltet wird. *Rerum novarum* nennt die drei Bedingungen:

- Es gibt objektive Kriterien der Lohngerechtigkeit, der reine Marktlohn ist nicht aus sich heraus schon der gerechte Lohn,
- Die Arbeiter haben das Recht Koalitionen zu bilden und sich zu wehren,
- Der Staat hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, regelnd in das Marktgeschehen einzugreifen und staatliche Sozialpolitik zu machen.

Im Grunde gilt das heute noch. Diese Frage war sozusagen der Entstehungsgrund der modernen Katholischen Soziallehre und hat sie von Anfang an geprägt.

Kapitalismus ist demgegenüber etwas schwieriger begrifflich und in seinen konkreten Erscheinungsformen zu bestimmen, er hat viele Facetten.

Katholische Soziallehre antikapitalistisch oder laboristisch?

In der Katholischen Soziallehre (KSL) gab und gibt es immer wieder Diskussionen, ob die Katholische Soziallehre seit je entschieden antikapitalistisch gewesen sei, und dies gelte für jede Form und Spielart des Kapitalismus, auch für einen sozial temperierten...falls es den geben sollte (Heiner Budde). Auch nach dem Erscheinen von *Laborem exercens*, in der der Papst mit Entschiedenheit den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital betont, „nicht beiläufig, sondern in immer neuen Anläufen und als roter Faden dieses ganzen wichtigen Dokuments für die katholische Weltkirche“ (Heiner Ludwig) gab es Versuche, diese Aussagen zu immunisieren: Hat der Papst nur den „primitiven“ Kapitalismus verurteilt, der bei uns längst überholt sei und der lediglich in Entwicklungs- und Schwellenländern herrsche?

Klassengesellschaft

Oswald von Nell-Breuning unterscheidet gern zwischen *der kapitalistischen Produktionsweise* und *der kapitalistischen Klassengesellschaft*. Erstere sei nicht zu verurteilen, im Gegenteil, sie gelte auch für andere Wirtschaftsordnungen und sei äußerst heilsam für die Linderung der wirtschaftlichen Not der Menschen. Demgegenüber sei die kapitalistische Klassengesellschaft, in der es die einen sind, die die Arbeit leisten und die anderen, die nicht nur das Kapital bereitstellen, sondern darüber auch das Sagen in den Un-

ternehmen und in der Wirtschaft insgesamt haben, denen außerdem das Eigentum an den Investitionsmitteln ausschließlich zufließt, zu überwinden. Das Ziel sei eine klassenfreie Gesellschaft.

Soziale Partnerschaft

Aus dieser Gegensätzlichkeit der Klassen wird dann gerne ein harmonisches Miteinander konstruiert, *Soziale Partnerschaft* genannt. Dieser Begriff soll in der politischen Auseinandersetzung zwischen dem eher sozialistischen Vokabular um Klassenkampf und dem christ-demokratischen Vokabular um Marktwirtschaft das eigene Konzept als Alternative präsentieren. Der Begriff Soziale Partnerschaft meint aber die Partnerschaft von zwei getrennten Klassen, die zwar kooperieren, aber die Klassensituation nicht prinzipiell in Frage stellen oder gar überwinden wollen. Demgegenüber ist die Position der KSL im Prinzip klar, es geht um eine klassenfreie Gesellschaft, wo die notwendigen Funktionen der Arbeit und der Kapitalbereitstellung zwar unterschieden werden, die auch bei den Bestimmungsrechten und der Einkommensverteilung wichtig und funktionsgerecht zu berücksichtigen sind, die aber nicht als zwei gesellschaftliche Klassen, also Personengruppen, die voneinander geschieden sind, organisiert werden dürfen. Der einzelne Wirtschaftsbürger verfügt im Idealfall über seine Arbeit und gleichzeitig über Kapital, und das möglichst in verschiedenen Unternehmen.

Ordnungspolitische Integration der gegensätzlichen Interessen in einer sozialen Marktwirtschaft

Diese Gegensätzlichkeit der Interessen von Kapital und Arbeit muß nun ordnungspolitisch integriert werden. Dies hat zu geschehen

- im Betrieb durch eine entsprechende Betriebsverfassung und betriebliche Mitbestimmung
- im Unternehmen durch eine marktwirtschaftliche Unternehmensverfassung, die einzuführen bzw. weiterzuentwickeln ist dergestalt, daß das Unternehmen ein Verbund von Personen ist, die drei verschiedene Funktionen innehaben: Unternehmensleitung, Arbeit und Kapital. Durch paritätische Bestimmungsrechte der beiden Bänke Arbeit und Kapital und Pattauflösung durch die Unternehmensleitung sind die Entscheidungen im Unternehmen so zu treffen, daß der ordnungspolitisch erwünschte *Gewinn des Unternehmens* angestrebt wird. Der ist etwas anderes als der Gewinn des Eigentümers, der Eigentümerfamilie oder der Anteilseigner und auch anders als der Gewinn pro Arbeiter. Schon aus diesem ordnungspolitischen Problem heraus sind einseitige Konzepte wie Familienbetrieb und Mittelstand, Kapitalgesellschaft, aber auch laboristische Modelle und Arbeiterselbstverwaltung abzulehnen, sie diskriminieren jeweils Außenstehende und bleiben unter dem Opti-

mum, sowohl an Beschäftigung als auch an Wohlfahrtsproduktion. So stellt die KAB Süddeutschlands beispielsweise fest bzw. fordert: Es fehlt bisher eine marktwirtschaftskonforme Unternehmensverfassung, die alle Unternehmen als solche rechtlich konstituiert als Verbund von Unternehmensleitung, Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmern und Kapitalgebern.

- Auf der makroökonomischen Ebene durch einen Stabilitätspakt zwischen den Tarifparteien, den öffentlichen Händen und der Notenbank, in dem die gesamtwirtschaftlichen Daten so gesetzt bzw. beeinflusst werden, dass die Effizienz der Volkswirtschaft (d.h. Vollbeschäftigung) erreicht wird. Nur so ließe sich vermeiden, dass durch einseitige Angebotspolitik die Kapitalinteressen sich durchsetzen auf Kosten der Beschäftigung und der Effizienz unserer Volkswirtschaft. Diese einseitige Angebotspolitik im Interesse von Arbeitgebern und Kapital und grundsätzlich abgelehnte und deshalb fehlende Beschäftigungspolitik führen heutzutage zu den Problemen um anhaltend hohe Massenarbeitslosigkeit, Familienarmut, Gefährdung der sozialen Sicherungssysteme und Finanzierung der öffentlichen Haushalte.

Neue „Maschinenstürmerei“ durch Arbeitgeber und ihnen hörige Wissenschaft

Die kapitalistische Produktionsweise, also der Einsatz von Kapital in der betrieblichen Produktion zur Steigerung der Arbeitsproduktivität wird im großen und ganzen positiv beurteilt, bisher jedenfalls. Es gab zu Beginn der Industrialisierung Maschinenstürmerei seitens existentiell betroffener Arbeiter, es gibt heute eine neue Form der Maschinenstürmerei (als eine Art Rückfall in frühkapitalistische Denkweisen), indem Arbeitgeber und seltsamerweise auch ihnen verbundene Wissenschaftler bei Tarifforderungen argumentieren, das zwingt die Arbeitgeber zu Rationalisierungsinvestitionen und koste Arbeitsplätze, und das sei abzulehnen. Es gab auch in der christlich-sozialen Bildungsarbeit immer wieder Tendenzen, den Vorrang der Arbeit vor dem Kapital dadurch zu betonen, dass man Maschinensteuer oder Ökosteuer deshalb einsetzen wollte, um die Arbeit billiger und das Kapital teurer zu machen. Diese Konzepte haben sich aber nicht durchgesetzt. Im Großen und Ganzen weiß man bei uns, dass es einen unlösbaren Zusammenhang zwischen dem Attraktivitätsniveau einer Gesellschaft und ihrem Kosten- und Lohnniveau gibt (Schulz-Nieswandt). Einsichtige Arbeitgeber wissen auch, dass hohe Lohnkosten sie zwingen, immer auf dem höchsten Stand der technisch möglichen Produktivität zu arbeiten und daß dies ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und insgesamt das Wohlfahrtsniveau unserer Gesellschaft ausmacht.

Keine Beschäftigung um der Beschäftigung willen

In der Katholischen Soziallehre gibt es eine gute Tradition, Arbeit und Beschäftigung nicht um der Beschäftigung willen durchzusetzen, und den Menschen nicht mit Arbeit zu beschäftigen, die die Maschine auch erledigen kann. Dies ist spätestens dann inhuman, wenn diese Maschine entwickelt ist. Der Mensch sollte uns dazu zu schade sein. Umso mehr gilt es, alles daran zu setzen, menschengemäße Arbeitsfelder so zu erschließen, dass Menschen dort humanere Arbeit und Arbeitsbedingungen finden. Papst Johannes Paul II bringt dies wohl auf den Begriff, wenn er in *Laborem exercens* sagt: „...all dies spricht für die moralische Verpflichtung, die Arbeitsamkeit als Tugend mit einer sozialen Ordnung zu verbinden, die es dem Menschen erlaubt, in der Arbeit ‚mehr Mensch zu werden‘, und die es ihm erspart, in ihr erniedrigt zu werden.“³ Wie diese soziale Ordnung mit Blick auf die Beschäftigung auszusehen hat, sagt er sehr eindeutig: Ein Gesamtplan der indirekten Arbeitgeber, letztlich verantwortet durch den Staat.⁴

Die Entscheidung heißt: Marktwirtschaft oder Kapitalismus, die Identifikation von Marktwirtschaft und Kapitalismus ist Etikettenschwindel

Was die konkrete Ordnung in Deutschland angeht, die von sich beansprucht, eine Soziale Marktwirtschaft zu sein, hat Oswald von Nell-Breuning gern widersprochen mit dem Hinweis: Allenfalls sozial temperierter Kapitalismus. Womit er sicher Recht hat, wenn man die konkrete Ordnung misst an einem idealtypischen Konzept sozialer Marktwirtschaft, in dem es eine am Gewinn „des Unternehmens“ orientierte Entscheidungsstruktur in den Unternehmen geben muss, wobei der Wettbewerb dann dafür sorgt, dass diese Gewinne „sozialisiert“ werden. Einseitig kapitalorientierte Unternehmensstrukturen oder gar Mittelstand im rechtlichen Sinne sind mit einem solchen Verständnis von Sozialer Marktwirtschaft nicht vereinbar. Wir hätten uns also zu entscheiden, wollen wir Marktwirtschaft oder Kapitalismus mit der Folge ganz anderer Unternehmensverfassungen sowohl für kapitalorientierte als auch für Mittelstandsunternehmen.

Weitere Sinndeutungen von Kapitalismus

Kapitalismus als Pervertierung des Ökonomischen.

Kapitalismus kann auch heißen, dass die Zielsetzung der Wirtschaft, die ja „Mittelsystem zur Selbstverwirklichung des Menschen“ (Oswald von Nell-Breuning) sein soll, reduziert, verfälscht, ja perversiert wird, wie es etwa im Konzept der Maximierung des „share holder value“ geschieht. Unternehmen wer-

den in ihrer Funktion reduziert nur auf die kurzfristige Steigerung des Kurswertes ihrer Aktien. Hier wird ein notwendiges Mittel in der Marktwirtschaft, die Gewinnorientierung der Unternehmensleitungen, zum Ziel gemacht und die Wirtschaft damit im eigentlichen Wortsinne perversiert.

Kapitalismus kann auch eine einseitige und damit nur begrenzte Wahrnehmung des Ökonomischen bedeuten, will heißen, dass alle wirtschaftlichen Erscheinungen, Werte, Ströme nur noch in Geldgrößen wahrgenommen und gesehen und die realen wirtschaftlichen Vorgänge verdeckt werden. Alles, was nicht in Geld ausgedrückt werden kann, wird dann gar nicht mehr wahrgenommen, jedenfalls nicht als wirtschaftlicher Wert betrachtet. Unsere volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, das Bruttosozialprodukt, z. B. drücken nur das aus, was in Geldgrößen über Märkte vermittelt geschieht. Nicht beachtet wird dabei z. B. die riesige Wohlfahrtssteigerung durch steigende Freizeit und die Humankapitalproduktion der privaten Haushalte. Das kann zu erheblichen Verzerrungen in wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen führen, wenn etwa Transfers zwischen den Generationen nur auf die Geldgrößen der Sozialversicherung reduziert werden und nicht gesehen wird, dass von den Vorgenerationen erarbeitetes Human-, Sach- und immaterielle Vermögen vererbt werden. Die dadurch mögliche höhere Produktivität macht auch höhere Leistungen für eine wachsende Zahl von Älteren ohne Probleme möglich, wenn die Beschäftigungsfrage gelöst ist. Oder um ein anderes Beispiel zu nennen, dass Stabilitätskriterien nur noch mit Blick auf die Geldwertstabilität und die Staatsfinanzen öffentlich diskutiert werden, nicht aber mit Blick auf Arbeit und Beschäftigung, womit auch hier die Paradoxien im Makroökonomischen dazu führen, daß damit die Probleme eigentlich erst entstehen, die man lösen wollte.

Schließlich ist auch in diesem Zusammenhang die Ignoranz zu beklagen, mit der bis heute unser grösster Wirtschaftssektor und die in ihm arbeitenden Menschen, überwiegend Frauen, missachtet werden, weil sie angeblich unproduktiv sind, nicht arbeiten, sondern nur Kosten verursachen, obwohl sie den weitest- aus größten Teil unseres Sozialproduktes erwirtschaften. Ohne solche Subsistenzwirtschaften, die ohne Geldvermittlung auskommen, würde heute die Menschheit - nicht nur in den sogenannten Entwicklungsländern - nicht überleben können. Mit den Zeitverwendungsstudien des Statistischen Bundesamtes, inzwischen auch in Österreich und in der Schweiz, haben wir objektive Kriterien, dieses Wirtschaften zu messen und in die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung zu integrieren. Der nächste Schritt muss sein, zumindest in Abhängigkeit von der Arbeitslosigkeit diese Tätigkeiten auch als neuen „Effizienzsektor“ beschäftigungspolitisch zu integrieren, da-

mit so wieder Vollbeschäftigung, Vollbeschäftigungseinkommen und entsprechende Steuern und Abgaben möglich werden.⁵

Kapitalismus ist als kritischer Begriff auch eingeführt mit Blick auf Konzentrationen in der Wirtschaft und Macht

Solange und soweit Arbeitnehmer nicht an der Kapitalbildung beteiligt werden, wächst zwangsläufig das bisherige und das neu entstehende materielle Kapital den bisherigen Kapitaleignern zu. Es entstehen Verzerrungen in der Vermögensverteilung und der damit verbundenen Einkommensverteilung. Kapitalismus als Machtfaktor kann problematisch sein und er ist es, wenn er in der Lage ist, aufgrund von Macht Einfluss zu nehmen auf die Preisentwicklung (Marktmacht),

- auf politische Entscheidungen (wenn Politik z. B. allein aufgrund von Größe nicht mehr einzelwirtschaftliche Risiken ignorieren kann, Holzmann-Fall),
- aufgrund von Nachfragemacht als Anzeigenschalter oder Auftraggeber für Werbesendungen auf Presse, Funk und Fernsehen,
- wenn die Möglichkeit, riesige Kapitalbestände auf Stiftungen zu übertragen, nicht nur dazu führt, dass kulturelle, wissenschaftliche Bildungsaufgaben dorthin verlagert werden, wo das Geld ist, dieses gleichzeitig Steuern spart und so entscheidenden Einfluss bekommt auch auf über Steuerersparnis öffentlich finanzierte Aufgaben.
- wenn ihr Zugriff auf Informationen und ihre ständige Präsenz in öffentlich-rechtlichen Gremien, ihre Verfügung über öffentlich-rechtliche Kammern und ihre Lobby in den Hauptstädten, ihr finanzielles Potenzial für die Beauftragung von Wissenschaftlern, bei der Politik den Eindruck entstehen lässt, sie verfügten über das Wissen und die Kompetenz und die Politik sei gut beraten, wenn sie ihren Vorstellungen folgt. „Die Privilegierten nehmen vor allem das Vorrecht, vernünftig zu sein, für sich in Anspruch.“ (Herm.-Josef Wallraff SJ)

Für alle diese Bereiche gilt der Satz von Ludwig Erhard: „Wer am Markte Macht hat, darf nicht frei sein!“

KAPITALISMUS ALS NEO-LIBERALE, NEO-KLASSISCHE ANGEBOTSPOLITIK UND MONETARISMUS

Nicht zuletzt fahren bestehendes kapitalistisches Denken und entsprechende Strukturen zur Zeit mit offenen Augen gegen die Wand und ziehen die Politik mit sich: Die Mainstream (Haupttrichtung) der Wirtschaftswissenschaften, der -politik und der -journalistik fahren bzw. stützen einen Kurs der Wirtschaftspolitik, der nun seit 30 Jahren zu anhaltend hoher Massenarbeitslosigkeit und zu einer beispiel-

losen volkswirtschaftlichen Verschwendung führt. Und das ist das Schlimmste, was man über eine Wirtschaftsordnung und -politik sagen kann. Das IAB schätzt für 1997 den volkswirtschaftlichen Verlust durch Arbeitslosigkeit auf 500 Mrd. DM, also ca. 250 Mrd. Euro. Dabei geht es von den 1997 bestehenden Arbeitsmarktverhältnissen aus. Berücksichtigen wir, dass bis dahin bereits mehrere Millionen Menschen aus dem Arbeitsangebot herausgenommen waren durch arbeitsmarktbedingte Vorruhestandskonzepte, Altersteilzeitregelungen, Maßnahmen der beruflichen Bildung, Umschulung und Beschäftigung, viele befanden sich in subventionierten Arbeitsverhältnissen, und wenn wir die unbezahlt in den Familien Tätigen mit berücksichtigen, können die volkswirtschaftlichen Verluste gut und gern noch einmal verdoppelt werden.

Die KEB im Kreis Saarlouis hat 2002 ein wissenschaftliches Gutachten in Auftrag gegeben, nach dessen Ergebnissen allein 7,9 Mio Arbeitsplätze in den Familien und zusätzliche 3,5 Mio auf dem Arbeitsmarkt zu einer Steigerung des BIP um 627 Mrd DM führen würde mit einem Überschuss in den öffentlichen Kassen von 37,8 Mrd. DM.

Was spräche dagegen, dass in einem volkswirtschaftlichen Bündnis für Arbeit nur die Tarifparteien, die öffentlichen Hände, die Notenbank und eine Bundesanstalt für Arbeit und Beschäftigung ein solches Arrangement treffen würden? Nur eine Ideologie des Marktes, die die Interessen der Arbeitgeber verböhmt, die den Arbeitsmarkt deregulieren und die Kosten (hauptsächlich die Lohn- und Lohnnebenkosten) senken wollen. Der Markt würde dann alles „mittels der unsichtbaren regelnden Hand“ des Wettbewerbs richten. Bisher haben wir bei uns keine einzige Branchenstrukturkrise mit solchen Mitteln geregelt. Wie sollte es mit den viel einschneidenden Verwerfungen im Übergang von der Industriegesellschaft zur Arbeitsgesellschaft besser gehen?

Einige Anmerkungen zur derzeitigen Entwicklung und Zukunftsperspektiven als Zusammenfassung:

1. Auf die Relativierung des klassischen Gegensatzes von Kapital und Arbeit und damit der kapitalistischen Klassengesellschaft im Gefolge des Übergangs von der Industriegesellschaft zur Arbeitsgesellschaft und der Ausweitung des Verständnisses von Wirtschaft auf die Familienhaushalte wurde schon hingewiesen. Das heißt nicht, dass der Einsatz für den Erhalt des Normalarbeitsverhältnisses und den Ausbau des Sozialstaates sowie die gewerkschaftliche Gegenmacht vermindert werden dürften.

2. Es steht zu vermuten, dass trotz weiterhin steigender Industrieproduktion ihr relativer Anteil am Sozialprodukt deutlich sinken wird. Damit wird sie ein ähnliches Schicksal wie die Landwirtschaft erleiden. Sie wird nicht mehr stilbildend sein für die nächste Epoche, die nach Industriekapitalismus oder Industriezeitalter kommt.
3. Im Zuge dieser Entwicklung erleiden beide, Industriearbeit und Industriekapital, im Prinzip dasselbe Schicksal. Überspitzt formuliert: Sie ziehen vagabundierend um die Welt, um irgendwo gebraucht zu werden. Löhne im Industriesektor sinken tendenziell und die Kapitalverzinsung geht ebenfalls tendenziell gegen Null. Die Notenbanken werden diesen Prozess nicht auf Dauer aufhalten können. Die sozialen Folgen dieses Prozesses sind dagegen zwischen Arbeit und Kapital natürlich sehr unterschiedlich, schon dadurch, dass Arbeit weniger mobil ist, als das Kapital.
4. Rosemarie von Schweitzer hat kürzlich gefordert, „...unverzüglich sind Folgerungen ins Werk zu setzen aus einer Erweiterung und Revision der vererbten und verengten Sichtweisen mit ihren Auswirkungen für alle Lebensaufgaben und Lebensbereiche, den vermeintlich „typisch weiblichen“ der familialen und sozialen Aufgaben wie den vermeintlich „typisch männlichen“ von Militär und Produktion, Wissenschaft und Politik. Es ist zu erkennen und anzuerkennen, dass allen den genannten Lebensbereichen ohne die Vorleistungen der Familienhaushalte „kein Personal“ zur Verfügung stünde. Ohne die Existenz von Familienhaushalten wären sie auch weitgehend überflüssig.“⁶
5. Die zentrale soziale Frage der Zukunft wird die Beschäftigungsfrage sein. Traditionelle Industriebetriebe werden nicht ausreichend sinnvolle Arbeitsplätze für Frauen und Männer bereitstellen können, das würde ihnen eigentlich auch zuwiderlaufen.
6. Die klassische ökonomische Funktion der Gewerkschaften, „Angebotskartell der Arbeit mit Mengenkongestionierung“ (Goetz-Briefs) zu sein, muss die bisher fälschlicherweise als unproduktiv angesehenen Familienwirtschaften als Produktionsbetriebe (tatsächlich ist es der größte Produktionssektor unserer Volkswirtschaft) in ihre Betrachtung und in ihr Handeln einbeziehen. Um es mit aktuellen Begriffen zu bezeichnen: Statt ein paar Tausend Ich-AG's brauchen wir 7,9 Mio Familien-AG's mit gleichwertig bezahlten Normalarbeitsverhältnissen, die wiederum durch ihre zusätzliche Nachfrage zusätzliche 3,5 Mio Normalarbeitsverhältnisse am Arbeitsmarkt schaffen. Mit so geschaffenen 11,4 Mio zusätzlichen Steuer- und Beitragszahlern und den zusätzlichen Steuern aus einem um 17 % gewachsenen Bruttoinlandsprodukt sollten wir in der Lage sein, öffentliche Haushalte zu konsolidieren, das traditionelle soziale

Sicherungssystem zu stabilisieren, die Armut der Mehrkinderfamilien zu beseitigen, geschlechtsspezifische Rollenzuweisungen aufzubrechen und Normalarbeitsverhältnisse für alle Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter vorzuhalten.⁷ Mit zunehmender Rationalisierung werden die weiterhin im Industriesektor „frei“gesetzten Menschen in neuen Wachstumsfeldern sinnvoller tätig, sei es in Pflege, Bildung, Sozialarbeit, usw.

7. Die humane Gesellschaft der Zukunft wird hoffentlich nicht geprägt sein als „unternehmerische Wissensgesellschaft“ mit staatlich subventionierten Niedriglohn-Bereichen im Bereich der personennahen Dienstleistungen (= Familienarbeit), wie es die bayrisch-sächsische Zukunftskommission sieht, auch nicht als Halbtagsgesellschaft mit unbezahlter Bürgerarbeit (Ullrich Beck), auch nicht durch das frühere feministische „Lohn-für-Hausarbeits-Modell. Mit Angelika Krebs ist vielmehr anzustreben und die ökonomischen Entwicklungstendenzen eröffnen hierzu auch die Möglichkeiten, daß das Menschenrecht auf soziale Zugehörigkeit in Arbeitsgesellschaften „nicht nur die Form eines Rechtes auf Arbeit annimmt, sondern auch die Form eines Rechtes auf Anerkennung von Arbeit. Wer in einer Arbeitsgesellschaft seinen vollen Arbeitsbeitrag leistet, aber behandelt wird, als arbeite er gar nicht, wird sozial ausgeschlossen...In einer Arbeitsgesellschaft tangiert die Nicht-Anerkennung von Familienarbeit die Menschenwürde. Die Lohnforderung für Familienarbeit ist ein Gebot des Anstandes und nicht nur der Verteilungsgerechtigkeit.“⁸

Hans Ludwig, Mettlach

1. Angelika Krebs, Arbeit und Liebe, Die philosophischen Grundlagen sozialer Gerechtigkeit, suhrkamp taschenbuch wissenschaft, Frankfurt 2002,

² Vgl. Schaubild 12 in: Elisabeth Jünemann, Hans Ludwig (Hrsg.), Vollbeschäftigung ist möglich!, Merzig 2002, Seite 126

³ Papst Johannes Paul II, Texte zur Katholischen Soziallehre, Band 1, Köln 1992⁸, Laborem exercens 9,4, Seite 551

⁴ Papst Johannes Paul II, a.a.O., Seite 574

⁵ Ein Beispiel für eine solche Politik ist das Projekt MAKSIM (Makroökonomische Simulation der Wirkungen eines zusätzlichen Erziehungseinkommens, in: Jünemann/Ludwig, Vollbeschäftigung ist möglich, a.a.O.

⁶ hier zitiert nach Hans-Günter Krüsselberg, in: Krüsselberg/Reichmann (Hrsg.) Zukunftsperspektive Familie und Wirtschaft, Grafschaft 2002, Seite 154

⁷ Ausführliche Dokumentation des Gutachtens in Jünemann/Ludwig, a.a.O.

⁸ Angelika Krebs, a.a.O., Seite 18

: DOKUMENTATION VII :

Reformerfordernisse unserer Gesellschaft: Der kirchliche Beitrag von Bischof Dr. Josef Homeyer

Statement zur Eröffnung des Symposiums „Bildung schafft Beteiligung“ der gemeinsamen Initiative „Beteiligung schafft Gerechtigkeit“ am 6. Dezember 2002 in Mülheim an der Ruhr. Der ige dokumentiert Auszüge des schriftlich vorgelegten Statements.

„Das Soziale neu zu denken, heisst, die Reformbarrieren in den Blick zu nehmen, die seit Jahren eine Reform bzw. die Neudefinition des Sozialen in der Sozialen Marktwirtschaft und eine innovative Weiterentwicklung des Sozialstaates angesichts seiner Herausforderungen behindern. Um diese strukturellen Blockaden, die nicht nur einzelne Teilbereiche des Sozialen, sondern die Verortung des Sozialen im politischen System insgesamt betreffen, anzugehen, haben wir von Seiten der Kommission für gesellschaftliche und soziale Fragen der Deutschen Bischofskonferenz eine Arbeitsgruppe eingerichtet, in der auch einige Verbände und das ZdK mitwirken. Sie formuliert im Moment diese Reformbarrieren und erarbeitet Grundorientierungen, die der notwendigen Reform der Sozialen Marktwirtschaft eine Richtung geben sollen. Lassen Sie mich Ihnen einige dieser ersten Überlegungen kurz vorstellen:

Es sind wohl vier wesentliche Barrieren für Reformen zu nennen:

1. Im internationalen Vergleich gilt das politische System der Bundesrepublik als stark korporatistisch geprägt. Das heißt, die Interessen unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen werden vorzugsweise über einflussreiche Verbände und ihre Vertreter an die Politik herangetragen. Das birgt das Risiko, dass in den politischen Auseinandersetzungen leichter organisierbare, verbandlich definierte Parikularinteressen weit nachhaltiger zur Geltung kommen als die weniger gut organisierbaren Interessen, obwohl diese den übergreifenden Gesichtspunkten des „Gemeinwohls“ häufig eher entsprechen.
2. Als Konsequenz des herrschenden Korporatismus werden in Deutschland alle sozialpolitischen Vorschläge primär unter Verteilungsgesichtspunkten wahrgenommen und diskutiert. Sozialpolitik gilt als Verteilungs-

politik, während Produktivität und Wachstumsförderung als Aufgaben der Wirtschaftspolitik gelten. So bleibt die sozialpolitische Diskussion auf gegenwärtige Verteilungskonflikte fixiert, ohne absehbaren zukünftigen Entwicklungen ausreichend Rechnung zu tragen. Dabei wird übersehen, dass auch die Steigerung wirtschaftlicher Leistungskraft den ärmeren Bevölkerungsteilen zu gute kommt. Bei der anstehenden Reform des Sozialstaates geht es somit auch um die Beseitigung von Produktivitätshemmnissen und die Förderung der Beschäftigung.

3. Ein zentrales Hindernis für größere Reformen ergibt sich aus der föderalen Ordnung der Bundesrepublik, wie sie sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt hat. Sie verhindert mehr und mehr notwendige Reformen, weil nur schwer handlungsfähige Mehrheiten zustande kommen. Problematisch sind beispielsweise die Verschiebung von Zuständigkeit von der Länder- auf die Bundesebene bei oftmals gleichzeitiger Vetomöglichkeit durch den Bundesrat oder die unterschiedlichen Rhythmen politischer Wahlen, durch die sich die Politik fast ständig im Wahlkampf befindet, was einer sachorientierten Politik nicht förderlich ist.
4. Reformprozesse bedürfen zunächst des Ringens um eine klare Diagnose der zu lösenden Probleme. Für derartige Auseinandersetzungen fehlt es in Deutschland an partei- und verbandsunabhängigem wissenschaftlichen Sachverstand mit Bezug auf Fragen des Sozialstaats. Im Gegensatz zur Wirtschaftspolitik ist die Sozialpolitik in der Bundesrepublik noch wenig professionalisiert. Auch im Bereich der wissenschaftlichen Infrastruktur fehlt es an leistungsfähigen Forschungseinrichtungen, es dominiert das wissenschaftliche Einzelkämpfertum. Die gesellschaftliche Dauerbeobachtung und die Sozialstatistik sind im Gegensatz zur volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und zur Wirtschaftsstatistik nur wenig entwickelt.“ (...)

„1. Subsidiäres Handeln ist notwendig

Das Subsidiaritätsprinzip erfreut sich immer breiterer Zustimmung. Subsidiarität bedeutet die Förderung der Eigenverantwortung statt Fremdverantwortung, der Selbständigkeit statt Abhängigkeit, den Vorrang des Handelns der kleineren Einheiten gegenüber dem Zugriff der größeren. Gleichzeitig verlangt aber Subsidiarität (subsidium bedeutet „Hilfe“) die solidarische Unterstützung dieser kleineren Einheiten dann, wenn sie alleine ihre Aufgaben nicht bewältigen können. Subsidiarität ermöglicht durch Solidarität Freiheit. Der Staat, der beanspruchte, alle Bereiche menschlichen Lebens gestalten, regeln, ordnen und organisieren zu können, ist offensichtlich überfordert und vielfach versagt. Er muss dem ermöglichenden Staat weichen, der durch einen Ordnungsrahmen

sicherstellen muss, dass es zu einem Ausgleich der Interessen kommt. Er muss die Voraussetzungen für mehr Beteiligungsgerechtigkeit schaffen. Dem entspricht auch ein Eintreten für eine aktive Bürgergesellschaft. Dabei geht es im Übrigen nicht allein um die Entlastung des überforderten Staates, sondern zunächst und vor allem um die Würde des Menschen, die Eigenverantwortung, die Beteiligung jedes einzelnen Menschen.

Folgenden konkreten Vorschlag bitte ich Sie zu bedenken: Brauchen wir nicht eine Art „Subsidiaritäts-Check“? Könnte nicht durch eine etwa auch von der Kirche angestoßene „Konzertierte Aktion“ der gesamte Sozialstaatskomplex nach dem Kriterium des Subsidiaritätsprinzips auf notwendige Reformen durchforstet werden?“ (.....)

2. Für eine integrale soziale Politik

„Für die Sozialpolitik bedeutet diese Perspektive einen engeren und gleichzeitig einen weiteren Horizont:....Das bedeutet einmal: Es muss immer auch gefragt werden, wo mit „sozialen“ Argumenten nur Besitzstände befriedigt werden oder wo gut gemeinte soziale Strategien unsoziale und negative Folgen haben. Und es bedeutet zum zweiten: Es müssen alle jene Politikfelder, z.B. die Familien und insbesondere die Bildungspolitik hereingeholt werden, die außerhalb der traditionellen Sozialpolitik angesiedelt sind, aber für die soziale Entwicklung viel entscheidender sind als vieles, was innerhalb der Sozialpolitik mit viel Aufwand gepflegt wird.Sollte nicht eine interdisziplinär besetzte Institution gegründet werden als Ort der Bündelung und Koordination sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Ressourcen mit der Aufgabe, Wissenslücken empirisch zu füllen, das Wissensdefizit zu reduzieren und dadurch Transparenz zu schaffen und die so gewonnenen Ergebnisse in politische Entscheidungsprozesse einbringen zu können? Eine besondere Funktion hätten dabei die Kirchen, die von ihrem Selbstverständnis her nicht partikulare Interessen vertreten, sondern eine integrale und langfristige Perspektive einnehmen.“...Es wäre „auch daran zu denken, ob sie (diese neue Institution) als eine Art Verfassungsorgan im Sinne eines „Sozialstaatsrates“ eingerichtet werden müsste.“

3. Leitlinien für die Reform des Sozialstaates

Die Bewältigung der Herausforderungen, vor denen die Systeme sozialer Sicherung heute stehen, wird eine Vielzahl technischer Detaillösungen erforderlich machen. Oft kommt es auf die genaue Feinjustierung an. Dazu müssen Erfahrungen gesammelt, Modellprojekte durchgeführt, Ergebnisse von Reformen in anderen Ländern systematisch ausgewertet werden. Dafür sind folgende grundlegende Leitlinien, die

ich hier nur nennen, aber nicht weiter ausführen kann, von Bedeutung:

- Von der Dominanz der Verteilungsgerechtigkeit zur Beteiligungsgerechtigkeit.
- Vom umfassenden Sozialstaat zum Gewährleistungsstaat für die Absicherung von Notlagen.
- Vom Erwerbsarbeitssicherungs- zum Familiensicherungsstaat.
- Vom Transferstaat zum Dienstleistungsstaat.
- Vom primär Geld leistenden zum primär qualifizierenden Staat.“

Kontakt: Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bereich Kirche und Gesellschaft

Bonner Talweg 177, 53129 Bonn, Tel.: 0228-103-438, Fax: 0228-103-450, Mail: gesellschaft@dbk.de,

Internet: www.beteiligung-schafft-gerechtigkeit.de:

KAB und der Vorwurf des Subventionsbetrugs

Bestürzt zeigt sich die Bundesleitung der Katholischen Arbeitnehmerbewegung (KAB) über die Äußerungen der bayerischen Kultusministerin Monika Hohlmeier. „Die KAB soll seitens der CSU-Landesregierung zum Prellbock im kommenden Landtagswahlkampf gemacht werden, „ erklärte Hans Pappenheim, Bundesvorsitzender der KAB Deutschlands. Hier soll der ganzen KAB ans Zeug geflickt werden, was eine rein bayerische Angelegenheit ist. Die betroffenen Projekte des Sozialinstituts der KAB Süddeutschlands wurden im bayerischen Kultusministerium abgesprochen und befürwortet. Tatsache sei, dass der Oberste Bayerische Rechnungshof Projekte des Sozialinstituts 1999 geprüft und im Wesentlichen nicht beanstandet hat. Weitere Infos: <http://www.kab.de>



Monika Hohlmeier bei einer Pressekonferenz

: ZAHLEN-FAKTEN-
TRENDS :**SOZIALPOLITISCHE FORDERUNGEN DES DEUTSCHEN CARITAS-
VERBANDS**

Über 30 Seiten formulierte der Deutsche Caritasverband in drei Kapiteln seine Forderungen: I. Caritas als Anwalt der Benachteiligten, II. Caritas als Dienstleister und III. Caritas als Solidaritätsstifter.
u.a. in: *neue caritas* 17/2002. Internet: <http://www.caritas.de/2340.asp>

**ZENTRALE AUFGABEN DER WIRTSCHAFTS- UND SOZIALPOLI-
TIK AUS DER SICHT DES DEUTSCHEN INSTITUTS FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (DIW)**

Im DIW-Wochenbericht 39/02 werden die zentralen Aufgaben der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der kommenden Legislaturperiode formuliert. Stichworte sind u.a.: Herausforderungen durch die Globalisierung, zur wirtschaftlichen Koordination in Europa, strukturelle Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum verbessern, Umweltschutz als Wachstumsfaktor, Arbeitsmarktpolitik effizienter gestalten, ein Politikbündel für mehr Wachstum und Beschäftigung.

[http://www.diw-berlin.de/deutsch/Publikationen/Wochenberichte/Jahrgang 02/](http://www.diw-berlin.de/deutsch/Publikationen/Wochenberichte/Jahrgang%20/)

**MEHR SOZIALE UNGLEICHHEIT HILFT NICHT, DIE PROBLEME AM
ARBEITSMARKT ZU LÖSEN**

Für Professor Dr. Gerhard Bosch, Vizepräsident des Instituts für Arbeit und Technik (IAT, Gelsenkirchen) widerspricht den jüngsten Empfehlungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung: Die These, dass „wir in Deutschland mehr soziale Ungerechtigkeit brauchen, um mehr Beschäftigung zu bekommen“, ist für ihn nicht haltbar: „Von schlecht bezahlten Arbeitskräften ist weder Qualität noch Innovationsfreude zu erwarten“. Berechnungen des IAT zum Zusammenhang von Einkommensungleichheit und Arbeitsvolumen zeigen jedoch, dass mit niedrigeren Einkommen keineswegs mehr Arbeitsstunden im Dienstleistungssektor werden, wie es in den USA der Fall ist. Nur Dienstleistungen für private Haushalte würden sich zusätzlich ergeben.
[Http://www.iat-info.iatge.de](http://www.iat-info.iatge.de)

**PRODUKTIONSVERLAGERUNGEN INS AUSLAND ERSTMALS
RÜCKLÄUFIG**

Erstmals seit 1995 verzeichnet das Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Systemforschung einen Rückgang von 30 auf 21 Prozent. Das ergab eine Umfrage unter 1.630 Betrieben in Deutschland.
<http://www.isi.fhg.de/pr/presse.htm>

: NAMEN SIND NACH-
RICHTEN :**MANFRED KOCK, EKD-RATSVORSITZENDER,**

hat Defizite im Umgang mit dem Islam eingeräumt. Aus seiner Sicht müsse klarer formuliert werden, „was wir vom Islam erwarten, wenn Menschen dieses Glaubens in einem säkularen, pluralen Staat mit christlichen Wurzeln leben“. Kock wünscht sich, dass der Dialog zu einem „europäischen Islam“ führe.

**KARL LEHMANN, KARDINAL UND VORSITZENDER DER DEUT-
SCHEN BISCHOFSKONFERENZ,**

sieht eine immer stärkere Beschleunigung aller Lebensbereiche, die die Gesellschaft zu spalten drohen. Es entstehe eine „Zweidrittelgesellschaft“ bei der ein Drittel der Menschen „nicht mehr mitkommt und womöglich abgehängt wird.“ Die Folgen seien eine Dominanz von Effizienz und Gebrauchsfähigkeit. Von der Nachfrage bis zur Börse werde der Markt immer verletzlicher. Für den Einzelnen werde es immer schwieriger, echte und wichtige Erfahrungen zu machen, wenn das ausgleichende Netz von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft zerbreche.

MICHAEL SOMMER, DGB-VORSITZENDER,

schlug sechs Leitprojekte für die Regierungsarbeit 2002 - 2006 vor: *Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik voranbringen; Handlungsfähigkeit des Sozialstaats verbessern; System der sozialen Sicherung weiterentwickeln; Bessere Bildung für alle; Vereinbarkeit von Familie und Beruf sichern* - Gleichstellung verwirklichen und Tarifautonomie verteidigen - Arbeitnehmerrechte sichern und erweitern

: BÜCHER -INFOS - BRO-
SCHÜREN :**HALBIERUNG DER ARBEITSLOSIGKEIT BIS 2005 ?**

Wissenstransfer

E-Mail: buero@wissenstransfer.info

*VSA-Verlag, St.Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg,
20 Seiten*

Zur Kritik der Hartz-Kommission aus Sicht einiger ver.di
-Landesbezirksleiter und Professoren

WELTBEBEN.AUSWEGE AUS DER GLOBALISIERUNGSFALLE

*Wolfgang Kessler, 240 Seiten, ISBN 3-88095-125-X
Publik-Forum, Postfach 2010, 61410 Oberursel,
14 Euro*

In sechs Kapiteln analysiert Wolfgang Kessler die Probleme, formuliert die Aufgaben der Globalisierung und Perspektiven, nennt Strategien und schließt mit zehn Visionen einer gerechten Weltwirtschaft. Lesenswert !

: DAS AKTUELLE STICHWORT :



Die Arbeitnehmer sollen in Zukunft länger arbeiten, wenn möglich bis 65 Jahre oder sogar noch länger. Gleichzeitig steigt die Arbeitslosenquote mit zunehmendem Alter. Ab 50 Jahren beträgt die Arbeitslosenquote 15 Prozent, zwischen 55 und 60 Jahren beträgt sie 18,5 Prozent und bei den über 60-jährigen ist jeder fünfte arbeitslos. Woher die Arbeitsplätze für die älteren Arbeitnehmer herkommen sollen, ist daher schwer zu erkennen.

Zusätzlich ist die Situation vieler älterer Arbeitnehmer in den Betrieben nicht ganz einfach, da häufig versucht wird, sie bei schwierigen betrieblichen Situationen vorzeitig in Rente zu schicken.

Die hohe Arbeitslosigkeit bei älteren Arbeitnehmern und der gleichzeitige Druck in den Betrieben auf die älteren Arbeitnehmer verschlechtert die Perspektiven für diese Arbeitnehmer.

: TERMINE :**7.FEBRUAR 2003, 15.00-19.00 UHR****PRÄSENTATION DES PROJEKTES MAKSIME IN DER UNION-STIFTUNG, STEINSTRASSE 10, SAARBRÜCKEN**
Kontakt: Halume@t-online.de**10.-12.FEBRUAR 2003 KASSEL****FÜHRUNG BRAUCHT PERSÖNLICHKEIT**

Referent: Dr. Hennig Keese, Trainer, früher Leiter der Akademie der Deutschen Gesellschaft für Personalführung

Berufsverband für Hauswirtschaft e.V., Waiblingerstr.11/3, 71384 Weinstadt, Tel.: 07151-43770 Fax: - 47625 E-Mail: fortbildung@Berufsverband-Hauswirtschaft.de

11.-13.FEBRUAR 2003 BREMEN**WISSEN IST WAS WERT - WISSENSMANAGEMENT****17 FOREN, 80 REFERENTEN 850 EURO**

ver.di e.V. Potsdamer Platz 10, 10785 Berlin, Telefon: 030-6956-1360, Fax: 030-6956-3156 E-Mail: franz.treml@verdi.de

18.FEBRUAR 2003, 19 UHR BERLIN**PODIUMSDISKUSSION: EMANZIPATION VON GESCHLECHTERROLLEN - EMANZIPATION VON VERANTWORTUNG ?**In Kooperation der Katholischen Akademie mit der Sektion Sozialethik der internationalen Vereinigung für Moralthologie und Sozialethik
Dr.Susanne Gaschke, Prof. Dr. Marianne Heimbach-Steins, Volker Beck/MdB**7.MÄRZ 2003, 15.00-19.00 UHR****AKADEMIE-TAGUNG IM OSWALD-VON-NELL-BREUNING-HAUS /DILLINGEN (SAAR), PRÄSENTATION DES PROJEKTES MAKSIME UND DISKUSSION MIT VERTRETERN DER VERSCHIEDENEN PARTEIEN**

Kontakt: Halume@t-online.de

12-13.MÄRZ 2003 STUTTGART**MOBBING**

Referentin: Ute Cornelius, Mobbingberaterin, fortbildung@Berufsverband-Hauswirtschaft.de

21.-23.MÄRZ 2003 TUTZING**NUR ETHISCHE RESERVE ? ZUR GESELLSCHAFTLICHEN ROLLE DER KIRCHEN**

Akademie für Politische Bildung, Postfach 220, 82323 Tutzing, Tel.: 08158-256-0; E-Mail: chefsekretariat@apb-tutzing.de; www.apb-tutzing.de

26.-28.MÄRZ 2003 FREISING**EINSTIEG STATT AUSSTIEG**für ältere Berufstätige und Partner/innen
195 Euro, Referentin u.a. Ulrike Lenz (ulrike.lenz-engelhardt@ebw-muenchen.de)
Evangelisches Bildungswerk München
Herzog-Wilhelm-Str.24, 80331 München**...APRIL 2003, 15.00-19.00 UHR (IN VORBEREITUNG)****BERLIN, KATHOLISCHE AKADEMIE DISKUSSION MIT BUNDESTAGSABGEORDNETEN UND VERTRETERN AUS MINISTERIEN UND VERBÄNDEN**

Kontakt: Halume@t-online.de

BILDUNGSPROGRAMME:**KAB-Sozialinstitut,**

Hofgartenstr. 2, 93449 Waldmünchen Tel: 09972-9414-60, Fax: 09972-9414-65, E-Mail: verwaltung@kab-institute.de; www.kab-institute.de

Akademie für Management und Politik,

(Management und Politik/Friedrich-Ebert-Stiftung)

Godesberger Allee 149, 53170 Bonn, Tel.: 0228-883-327

Fax: 0228-883-695 E-Mail: apbmail@fes.de

www.fes.de/MuP

Hanns-Seidel-Stiftung

Postfach 190846, 80608 München

E-Mail: Info@hss.de www.hss.de

IMPRESSUMDer **ige** wird getragen von der Leserinitiative Pubik e.V. und dem Studienkreis „Christliche Gesellschaftsethik“. Herausgeber im Auftrag des „Netzwerk Gesellschaftsethik“ e.V.: Harald Pawlowski, Paul Schobel und Hans Ludwig.**Redaktion (verantwortlich):** Gerhard L. Endres, Caroline-Herschel-Str. 25, 81829 München, Tel. 089/94539760, Fax 089/94539761, e-mail: glendres@aol.com.**Schlussredaktion:** Eva Schmidt, Vohenstrauß.

Druckerei: Komplan, R. Biechteler GmbH, Griegstraße 9, 80807 München, Telefon 089/3591088.

Verlag und Bezugsadresse: Netzwerk Gesellschaftsethik e.V., c/o Gerhard L. Endres, Caroline-Herschel-Straße 25, 81829 München, Telefon 089/94539760, Fax 089/94539761, e-mail: glendres@aol.com.**Bezugspreis:** Bei Bezug über die Post 25 Euro pro Jahr, als pdf-Datei per e-mail 20 Euro pro Jahr, Förder-Abo 30 Euro, Gruppen-Abos nach Vereinbarung.**Konto:** Netzwerk Gesellschaftsethik, Nr. 2301628 Liga-Bank München, BLZ 750 90 300

Die Redaktion macht sich die Inhalte der aufgeführten Links nicht zu eigen, sondern weist nur auf deren Existenz hin. Für die Inhalte von Links im Internet ist die Redaktion nicht verantwortlich. Die Redaktion übernimmt keine Gewährleistung für fremde Inhalte.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber bzw. der Redaktion wieder.